

Volkswohlt

für Schlessen

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswohlt“ erscheint wöchentlich 8 mal und ist durch die Haupt-Expedition, Fürststraße 4/6, durch die Buchhandlungen der Post nach: Neue Gassenstraße Nr. 5 und Neue Gassenstraße 11, durch die Zweigstellen, Bismarckstraße 14, durch die Buchhandlungen, Bismarckstraße 14, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten monatlich 2.40 Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post hat das Haus 2.00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftstelefon Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je 1000 Zeichen für geschaltete Anzeigen aus Schlessen 70 Pf. (Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verzeile-, Veranlagungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf.) Klein-Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 1 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition, Fürststraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Verhandlungsabbruch mit Polen.

Der polnischen Regierung wird heute voraussichtlich eine Note übermittelt werden, die im einzelnen begründet, warum die Reichsregierung eine Fortsetzung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen im Augenblick für zwecklos betrachtet. Die Verhandlungen dürften wahrscheinlich so lange unterbrochen werden, bis die Warschauer Verhandlungen, die zwischen der polnischen Regierung und dem deutschen Gesandten Kauscher über die Frage der endgültigen Regelung der Ausweisung von Deutschen geführt werden, geklärt sind.

Warschau, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In hiesigen öffentlichen Kreisen verfolgt man ebenso wie in der Öffentlichkeit die Entwicklung des deutsch-polnischen Zwischenfalls mit äußerster Interesse. Eine konsequente Stellungnahme gegen die Ausweisungsaktion der polnischen Behörden nimmt vorläufig der sozialistische „Robotnik“ ein. Das Blatt bezeichnet die Ausweisung einzelner reichsdeutscher Personen aus Oberschlesien als eine politisch durchaus verfehlte Maßnahme. Die gesamte bürgerliche Presse ist dagegen ausschließlich gegen Deutschland eingestellt und spricht davon, daß die Pläne der Reichsregierung nichts anderes als den „Beginn einer Offensive gegen Polen“ bedeuten würden. Über Polen könne der Zollkrieg ruhig ertragen und seine im wesentlichen aus Kohlstoffen bestehende Ausfuhr anderweitig unterbringen.

Im „Vorwärts“ schreibt der um deutsch-polnische Verhandlung von jeher besonders bemühte polnische Abgeordnete Genosse Dr. Diamant:

„Ist die polnische Regierung zur Ansicht gelangt, daß das Eingreifen des Wojewoden von Kattowitz politisch schädlich oder unklug war — ich kenne die Meinung der polnischen Regierung nicht — dann genügt es die durch den deutschen Gesandten in Warschau überbrachten Drohungen der deutschen Regierung, um der polnischen Regierung ein Einlenken unmöglich zu machen. Das muß die deutsche Regierung wissen und dementsprechend muß die Intervention der deutschen Regierung bewertet werden. Im Einklang mit diesem meiner Meinung nach wohlwolligen deutschen Vorgehen stehen ihre weiteren Schritte, insbesondere die zahlreichen Mitteilungen an die Presse. Die betreffenden Artikel legen besonderen Wert darauf, den selbstverständlichen Zusammenhang zwischen den Veränderungen in der Regierung und den Veränderungen in ihrem tatsächlichen Vorgehen zu bestritten. So lange es unentschieden war, ob die Große Koalition zustande kommen würde, bedeutete jede Zusammenkunft der Vertretungen beider Staaten eine Annäherung, seitdem es aber feststand, daß eine Reichsregierung aus Ruder käme, iraten Veränderungen in der Sache und im Verhandlungsston zu Ungunsten einer Annäherung ein.“

Kann man Verhandlungen ablehnen, weil der durch den Vertrag herbeizuführende Zustand noch nicht eingetreten ist? Die offiziösen Presseerklärungen bemerken erst jetzt, daß die neuen Verhandlungsbedingungen in naturnotwendigen Zusammenhang mit der Regierungsänderung in Deutschland von der sachlich orientierten europäischen öffentlichen Meinung gebracht werden muß. Selbst Freunde des deutschen Wortes — und ich glaube mich zu ihnen zählen zu dürfen — können sich der Erkenntnis nicht entziehen, daß sie Zeugen eines Vorganges sind, der für Europa drohend und in größerem Maße für Deutschland als für Polen unmittelbar schädlich erscheint. Wirtschaftskriege bringen Schäden dem angeblichen Sieger wie dem angeblich Besiegten.“

Der Streit um das Chorzower Städtewert kommt vor den Internationalen Gerichtshof

W.B. schreibt:
Die deutsch-polnischen Verhandlungen über das Städtewert in Chorzow haben ihren Abschluß in einer Klage gefunden, die von der deutschen Regierung gegen Polen bei dem ständigen internationalen Gerichtshof in Haag eingereicht worden ist. Trotzdem die deutsche Regierung den Wünschen der polnischen Regierung so weit entgegengekommen ist, als es ihr nach Lage der Sache möglich erscheinen durfte, ist es nicht gelungen, zu einer Einigung zu kommen, weil in der Frage der Zahlungsmodalitäten der Schwerpunkt, um den die Verhandlungen immer mehr gravitierten, sich die polnische Regierung vollkommen ablehnend verhielt, die lediglich für die Verletzung der Patente der hiesigen Städtewerke eine unzureichende Entschädigung angeboten, gegenüber den Ansprüchen der obersteinsten Städtewerke jedoch mit Forderungen gegen das Reich aufgerechnet hat, ein Standpunkt, der schon deswegen unhaltbar ist, weil die anerkannten polnischen Forderungen gegen Deutschland bekanntlich aus den Dawesanmitteln zu bezahlen sind.

Biljuditis verständliche Haltung gegen die Ilawischen Minderheiten.

Warschau, 10. Februar. (Drahtbericht.) Der Sachverständigen-Ausschuß für Minderheitenfragen beim polnischen Ministerrat (der sogenannte Dreierausschuß) ist zu neuen Beratungen zusammengesetzt. In seiner letzten Zusammenkunft (alle drei Sachverständigen sind polnische Sozialisten bzw. stehen dieser Partei nahe) repräsentiert der Ausschuß vor allem die von Biljuditi befürwortete Politik der Ausöhnung mit den „gemäßigten“ Elementen der Ilawischen Minderheiten Polens. Die jetzigen Beratungen haben die Angelegenheiten der Ukrainer und Weißrussen zum Gegenstand. Es ist beschlossen worden, im April eine Konferenz über die Verwaltungszustände in Ostgalizien einzuberufen, zu der auch Vertreter der dortigen ukrainischen und jüdischen Bevölkerung zugezogen werden sollen. — Im Mai wird in Warschau eine Konferenz von Vertretern der im Auslande lebenden polnischen Minderheiten stattfinden.

Reudell bleibt im Amt.

Marx entschuldigt seine Vergangenheit.

Aus Berlin wird uns geschrieben:
Ueberraschungen konnte die Reichstagsführung, die den Bericht des Reichskanzlers über seine Untersuchung der Anschuldigungen gegen den Reichsinnenminister v. Reudell entgegennehmen sollte, nicht mehr bringen. Vielleicht zum ersten Mal sah der Reichstag den Reichskanzler Dr. Marx in Temperamentauswallungen. Schade, daß er sich diese Ausbrüche für eine so trostlose Angelegenheit aufgepart hat. Obwohl der Kanzler ein genau stilisiertes Manuskript verlas, unterbrach er sich wiederholt, um nicht ohne Aufregung auf Zwischenrufer einzureden. Es ist unmöglich, daß er sich in seiner Rolle wohlfühlte. Die ihm anhaftende Verlegenheit suchte Herr Marx durch heftige Zurückweisung kommunistischer Unterbrechungen zu verbergen. Allem Anschein nach hatte er selbst den Eindruck, daß das Ergebnis der „Untersuchung“, von Nebenächlichkeiten abgesehen, nichts anderes als eine glatte Bestätigung der von dem Abgeordneten Dr. Landsberg am 5. Februar und anschließend von der sozialdemokratischen Presse erhobenen Angriffe war. Aber selbst, wenn Marx sich für befugt hielt, seinen jetzigen Ministerkollegen, um das notdürftig gezimmerte Kabinett nicht von neuem zu erschüttern, eine persönliche Amnestie zu gewähren, so hatte er keineswegs das Recht, dessen Charakter noch besonders zu rühmen. Es ist gewiß peinlich, aber Herr von Reudell hat im Jahre 1920 seinen preussischen Verfassungseid gebrochen. Niemand kann Gewähr übernehmen, daß ein solcher Mann in ähnlichem Falle fester und stärker ist als vor sieben Jahren.

Mit unerbitlicher Logik und durchdringendem juristischem Scharfsinn vernichtete der sozialdemokratische Redner, Dr. Landsberg, das Verteidigungsgebäude, welches der Reichskanzler Dr. Marx aufgerichtet hatte. Landsberg verstand wie stets in meisterhafter Art mit vornehmster Form größte sachliche Schärfe zu verbinden. Besonders Eindruck machten seine geschichtlichen Erinnerungen. Auge in Auge hielt er dem Zentrumsführer vor, wie brutal die Kasse, aus der auch Herr von Reudell hervorgegangen ist, mit ihren politischen Gegnern unzuspringen pflegte.

Mit einer Mehrheit von etwa 55 Stimmen „siegten“ die Regierungsparteien über die Mißtrauensanträge der Demokraten und Sozialdemokraten. Viele Augen richteten sich auf den linken Flügelmann des Zentrums Dr. Wirth. Mannhaft stand er wieder zu seiner Ueberzeugung, er stimmte mit Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten gegen den Rappisten auf dem Ministerstuhl.

Die Deutschnationalen haben sich durch die Erklärung ihres Ministers von Reudell, der sogar das Wort Republik herauspreste, noch einmal tief vor der republikanischen Verfassung verbeugt. Ihr Machtwille läßt sie nun fast jeden Tag solche Lippenbekennnisse zur Republik ablegen. Das Zentrum aber hat sich mit schwerster Verantwortung beladen. Herr Marx selbst würde vor 14 Tagen es wohl noch für unmöglich gehalten haben, daß er mit solcher Wärme für einen ehemaligen Rappisten eintreten würde. So geht es, wenn man derartige Bündnisse eingeht. Wie weit schon liegt das Zentrumsmantel und liegen die schönen Richtlinien hinter uns!

Parteilos brauchen wir uns über den Ausgang des gestrigen Tages nicht zu beklagen. Diese Regierung, die so hoch das schwarz-rot-goldene Banner schwenkt, behält deutlich die schwarz-weiß-rote Wösch. Es wäre vielleicht noch begreiflich, wenn Herr von Reudell ein neben-sächlichliches Ministerium verwaltete. Aber, daß man gerade das Verfassungsministerium einem ehemaligen Rappisten in die Hand gibt, grenzt an das Unglaubliche. Das Zentrum nimmt ihn zweifellos nur hin, weil man glaubt, die ewige Krisis dieses Reichskabinetts endlich beendigen zu sollen. Diese Erwägung kann diese Partei von der schweren Verantwortung, die sie übernommen hat, nicht befreien. Die Zentrumsparthei hat das Bündnis mit den Deutschnationalen betrieben. Ihr Kanzler hat sich für den Reichsinnenminister von Reudell vor versammeltem Parlament feierlich verbürgt.

Was gegen die Demokratie, gegen die Republik in der Area des von Preußen gemäßigten und vom Reich zum Innenminister beförderten und von Reudell geschieht, wird mit vollem Gewicht das Zentrum belasten.

Die Sitzung wird um 1 1/2 Uhr vom Präsidenten Löbe eröffnet. Auf der Tagesordnung steht das kommunikative Mißtrauensvotum gegen den Innenminister v. Reudell und die kommunikative Interpellation wegen der Beherbergung der „Olympia“ auf einem Gute des Herrn v. Reudell. Abg. Forster (Komm.) begründet die kommunikative Anfrage. Der Reichskanzler habe sich mit Herrn v. Reudell solidarisch erklärt. Das Zentrum wolle den Innenminister nicht fallen lassen, gleichgültig, wie das Ergebnis der Untersuchung sei. (Unruhe im Zentrum.) Der Reichskanzler wolle ursprünglich eine Erklärung vor der Tagesordnung abgeben, um eine Aussprache zu verhindern. Das sei eine unerhörte Verwältigung. (Der Präsident rügt diese Ausdrucksweise und stellt fest, daß über den Umfang der Aussprache nicht der Reichskanzler entscheide, sondern der Reichstag.) Minister v. Reudell sei ein eifriger Förderer und Mitarbeiter der sachlichen, seit 1923 verbotenen Organisation „Olympia“. Ein sogenanntes Sommerlager dieser Organisation habe v. Reudell auf seinem Gut Hohen-Lübbichow beherbergt und befristet. Die Mitglieder der „Olympia“ wurden dort militärisch von einem Reichswehrleutnant Salla ausgebildet. v. Reudell habe wiederholt an die jungen Leute Ansprachen gehalten, in denen er die Wiederherstellung der alten Hohenzollern-Monarchie als erstrebenswerstes Ziel bezeichnet. In seiner letzten Reichstagsrede habe Minister v. Reudell die Unmöglichkeit gesagt, die „Jungdeutsche Abteilung“, die er nach dieser Erklärung im Jahre 1926 beherbergt haben wolle, sei tatsächlich eine Abteilung der inzwischen verbotenen „Olympia“ gewesen, die sich hinter dem Deckmantel „Jungdeutschland-Bund“ verstecke. Ausgerechnet dieser Parteifreund v. Reudell solle nun die Aufgabe haben, die republikanischen Organisationen zu verfolgen. Die erbitterten Ausreden des Ministers hätten gezeigt, daß Herr v. Reudell nicht einmal beiseitenden Mannesmut aufbringen könne. (Präsident Löbe ruft den Redner zur Ordnung.) Diesem Mann zuliebe opfere das Zentrum sogar den Dr. Wirth, der noch an der demokratisch-republikanischen Ideologie hänge. Um mit v. Reudell das Konkordat abzuschließen, gebe das Zentrum auch die Interessen der christlichen Arbeiter preis. (Widerspruch im Zentrum.) Die Beteiligung des Herrn v. Reudell sei nicht zu leugnen.

Reichskanzler Dr. Marx:

Ich habe die Untersuchung des Falles v. Reudell selbst in die Hand genommen und objektiv durchgeführt. Zunächst ist Dr. v. Reudell Beteiligung am Rapp-Putsch vorgeworfen worden. Er hat, wie er zugibt, die Bekanntheitsmachungen des militärischen Oberbefehlshabers für die Konspiration vorbereitet. Das geschah auf ausdrückliche Anweisung seines damaligen Vorgesetzten, des ständigen Stellvertreters des damals von seinem Amtlich abwesenden Regierungspräsidenten Barzels, des Oberregierungsrats v. Keller. Mitteilungen der rechtmäßigen Regierung gelangten damals nicht zu ihm. Sowie die erste Nachricht von der Rückkehr der rechtmäßigen Regierung am 18. März 1920 an ihn gelangte, hat Landrat v. Reudell diese Mitteilung weiter verbreitet und alle früheren Erlasse der Rapp-Regierung aufgehoben. (Zuruf bei den Komm.: Weil er da schon die Hosen voll hatte!) Es ist richtig, daß Landrat v. Reudell den Vertrauensmann vor der Generalkreis-Agitation gewarnt hat. Der frühere Bürgermeister von Mohrin bestreitet aber ausdrücklich die auch hier verbreitete Behauptung, daß Landrat v. Reudell ihn unter Strafdrohung gezwungen habe, sich der Rapp-Regierung zu fügen. Nach dem Unweisen seines Vorgesetzten zu folgen. Das hat er getan. Herr v. Reudell hat, nachdem er zur Disposition gestellt war, wiederholt und immer vergeblich versucht, eine Untersuchung wegen seines Verhaltens beim Rapp-Putsch einzuleiten. Er ist darauf ohne Antwort geblieben. Die preussische Regierung hat ihn im nächsten Jahre in Stettin bei der Abführung der Kriegsschäden verwenden wollen. Sie wollte ihn am 31. März 1922 als Oberregierungsrat beim Landratsamt Arnswalde verwenden. Die Ernennung unterließ nur, weil inzwischen Landrat v. Reudell seine Entlassung aus dem Staatsdienst genommen hatte. (Hört! hört! rechts.) Danach scheint die preussische Regierung doch das Verhalten des Herrn v. Reudell nicht so beurteilt zu haben, daß eine Wiederverwendung im Staatsdienst ihr ausgeschlossen erschien. Was die Beherbergung der Olympia betrifft, so geschah sie in der Zeit, als diese Organisation noch nicht verboten war. Herr v. Reudell hat Gastschuldhaft den verschiedensten Vereinen gelebt, er hat unter anderem auch Arbeiterkinder aus dem Ruhrgebiet beherbergt und jüdische Frontsoldaten. Die Olympia-Gruppe hat nur wenig Schießübungen abgehalten. Herr v. Reudell konnte sich um keine Gäste kümmern, er mußte das dem Verwalter überlassen. Herr v. Reudell hat Herrn von Luk nur einmal flüchtig kennen gelernt, er hat niemals eine Uebung der Olympia geleitet, er hat vielleicht ein paar Abschiedsworte an die jungen Leute gerichtet.

Der später beherbergte Jungdeutschland-Bund ist ein ganz unpolitischer Verband, der mit der Olympia gar nichts zu tun hat. Herr v. Reudell bekennt entschieden, daß er ihn für den Major v. Buchruder verwandt habe. Den Verfechter in Lt. Herrn v. Troschaw-Schmarfendorf habe Herr v. Reudell nach einem festgelegten Besuchsprogramm allerdings abgeholt. Dieser Besuch der Stabsstellen des Herrn Troschaw sei darum erfolgt, weil dieser einen großen Bestandsbruch abgegangen habe. Bei diesen Dingen handelte es sich weder

um Miltardbekreibungen, noch um irgend welche Putschdinge. Der Reichstanzler spricht zum Schluss die Erwartung aus, daß die übertragene Mehrheit des Hauses seine Auffassung teilen werde und fährt fort: Ich kann nach meiner ganzen Vergangenheit die Gewißheit dafür stellen, daß die gesamte Tätigkeit der neuen Reichsregierung sich nur auf dem Boden der bestehenden Verfassung bewegen wird. Ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß ich in dieser meiner Tätigkeit in der Person des Reichsinnenministers v. Reudell einen treuen Helfer gefunden habe. (Beifall bei den Regierungsparteien, vereinzeltes Händeklatschen auf der Tribüne. Präsident Lobe nickt die Rumpfbewegungen der Tribünenbesucher.)

Reichsinnenminister v. Reudell

erklärt: Nach meiner Lebensauffassung ist es eine Selbstverständlichkeit, daß ich zu meinem Eide treu und die mir durch mein Amt auferlegte Pflicht erfüllen werde, für den Schutz und das Wohlergehen der Verfassung der Deutschen Republik zu sorgen. Ich habe die Verfassung und Inhalt der Regierungsverfassung zur Kenntnis genommen und werde alles, was in meinen Kräften steht, tun, um ein verständnisvolles Zusammenarbeiten mit dem Reichstanzler zu ermöglichen.

Herr v. Guérard (Ztr.) gibt eine kurze Erklärung ab, wonach die Zentrumsfraktion nach dem Ergebnis der Unterredung und den Mitteilungen der Regierung den bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum für die Regierung gemachten Vorbehalt zurücknehme und sich daher das Vertrauensvotum des Zentrums auf die ganze Regierung erstrecke.

Herr Landsberg (Soz.):

Ich will mich heute ausschließlich auf jene Vorgänge beschränken, die mit dem Kapp-Putsch zusammenhängen. Ich will nicht zu allen Fragen Stellung nehmen, obgleich uns die Ausführungen des Reichstanzlers nicht sehr beruhigt hat. Die Erklärung des Reichstanzlers, daß auf dem Gute des Herrn von Reudell nur wenig Schießübungen vorgenommen worden seien, erinnert mich an die Geschichte von jenem jungen Mädchen, die zu einem Klau gekommen war, es sei aber nur ein ganz kleines gewesen. (Stürmische Heiterkeit.) Die Verteidigung des Herrn v. Reudell, daß er mit der Olympia nur vor ihrem Verbot in Verbindung gestanden habe, war nicht sehr klug, denn gerade die Handlungen der Olympia haben doch das Verbot zur Folge gehabt. Ich will mich auch nicht mit dem Verhalten des Herrn v. Reudell zum Generalsiret befassen, der übrigens nicht von der Reichsregierung, sondern von den sozialdemokratischen Ministern der damaligen Regierung und der Sozialdemokratischen Partei verurteilt worden ist. Ich stelle fest, daß der Vertrauensmann des Vorkämpferverbandes, Saffie, entgegen den Behauptungen des Herrn v. Reudell, durchaus glaubwürdig ist, ich habe allerdings mein Material nicht von ihm erhalten, auch nicht von der preussischen Regierung, wie behauptet worden ist. Nach dem Kapp-Putsch hat der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei feststellen lassen, welche Beamte sich nicht als zuverlässig gezeigt haben. Dieses Material ist gesammelt worden, und ich habe es erhalten.

Um so deutlicher muß ich aber noch einmal Stellung nehmen zu den Veröffentlichungen des Herrn v. Reudell während des Kapp-Putsches. Die Verteidigung dieses Verhaltens des Herrn v. Reudell durch den Reichstanzler hat mich aufs tiefste gekränkt. Ich weiß, daß Sie (zum Reichstanzler) ein verfassungstreuer Mann sind. Wie konnten Sie Ausführungen machen, die als Rechtfertigung jener Beamten erscheinen könnten, die sich beim Kapp-Putsch als unrein gezeigt haben? (Sehr wahr! links.) Es muß für den neuen Staat selbstverständlich sein, wenn er leben will, daß er von seinen Beamten die Treue zur Verfassung verlangt. Wie sich ein verfassungstreuer Beamter während des Kapp-Putsches zu benehmen hatte, das haben die Staatssekretäre des Reiches und Preußens gezeigt, die damals erklärten, nur die Befehle der rechtmäßigen Regierung entgegenzunehmen und ihren zu dieser Regierung stehen zu wollen. Darunter befanden sich auch deutschnationalen Beamte. Der Reichstanzler hat heute gesagt, Herr v. Reudell habe sich nicht strafbar gemacht, weil er auf Grund des damals angeordneten Befehlens den Befehlen des militärischen Kommandanten gefolgt sei. Diese Rechtsauffassung kann nicht (zum Reichstanzler) in Ihrem Kopfe erwachsen sein. Wenn kommandierende Generale die Reichsverfassung umschmeißen und den Reichstag nach Hause schicken, dann kann keine Rede mehr davon sein, daß die militärischen Befehlshaber die Befehls-gewalt über die zivile Regierung haben. (Zuruf rechts: 9. November!) Wenden Sie sich (nach rechts) an Ihren Fraktions-freund Lambach, der in seinem Buche gesagt hat, der 9. November sei eine Notwendigkeit der Geschichte gewesen. Sie können doch nicht bestreiten, daß kein Rebell die Befugnisse in Anspruch nehmen darf, die allein der rechtmäßigen Regierung zustehen.

Der Redner verliest dann die Bestimmungen der Reichs-regierung aus den Kapiteln, worin es heißt, wer die neue Regierung unterwirft, berechtigt seinen Eid. Herr v. Reudell hat hier am 4. Februar erklärt: Die Plakate, die er während des Kapp-Putsches angeschlagen hatte, seien nicht von erheblicher Bedeutung gewesen, sie hätten nur einen Appell zur Ruhe und Ordnung enthalten. In Wirklichkeit war darin mit dünnen Worten alles gesagt, die Verfassung habe nicht mehr, die Zivilgewalt sei durch den Säbel abgelöst worden. Es ist darin zum Ausdruck gekommen die Auffassung, die sich Kapp und Lüttwich zu eigen gemacht haben, daß ihre Regierung an Stelle der

Ein König, der um Herabsetzung seiner Anpanage ersucht



ist bisher wohl nicht dagewesen. König Christian von Dänemark hat die Regierung ersucht, sein Gehalt und das des Kronprinzen um 10 Prozent herabzusetzen. Das Bestreben, zur Stützung der dänischen Wirtschaft beizutragen, ist lobenswert; verhungern dürfte Christian X. auch bei kürzerem Gehalt nicht, da er jetzt eine Million erhält und der Kronprinz 48.000 Kronen. Christian ist 57 Jahre alt und mit einer mecklenburgischen Prinzessin verheiratet.

Regierung getreten sei, der Herr v. Reudell den Eid geleistet habe. Zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung hätte bedurft, daß jeder Beamte, der den Eid auf die Regierung geleistet hatte, den Kapp-Putsch niederlegte. (Sehr wahr! links.) Daß auch Sie (zum Zentrum) diese Auffassung teilen, geht daraus hervor, daß Sie am 4. Februar unter dem frischen Eindruck der Verletzung der damaligen Bestimmungen des Herrn v. Reudell die Unterbrechung der Sitzung auf eine Stunde verlangten. Man sagt, Sie hätten Herrn v. Reudell erklären lassen, Sie könnten ihn nicht ertragen, er solle zurücktreten. Ihr jetziges verlegenes Schweigen scheint eine Bestätigung dieser Behauptung zu sein. Dann hat Herr v. Guérard das resolutiv bedingte Vertrauensvotum begründet. Jetzt aber wollen Sie Herrn v. Reudell Ihr Vertrauen aussprechen. Auch das Zentrum hat im Jahre 1920 die Gefahr des Kapp-Putsches genau gefühlt. Ich erinnere mich an die langen Auftritte, die damals erlassen worden sind. Wir wußten alle, daß die Gefahr der Mainlinie heraufbeschworen worden ist. Jetzt kommt die Entschuldigungsfrage, daß Herr v. Reudell sich für verpflichtet gefühlt habe, auf Grund des Belagerungszustandes einem Offizier, der selbst das Gesetz mit Füßen trat, zu gehorchen. Ich zweifle nicht, daß der Regierungsrat Keller in Frankfurt a. O., der kurz vorher den Regierungspräsidenten Bartels für abgesetzt erklärt hat, die rechtswidrigen Bestimmungen erlassen hätte. Ich befinde mich aber in Uebereinstimmung mit Herrn v. Reudell, daß der Beamte selbst wissen muß, was er in solcher Lage zu tun hat. Dadurch, daß Herr v. Reudell die Bestimmungen der Führer des Kapp-Putsches weitergegeben hat, hat er sich zur Bekleidung von Stellen in der Regierung unmöglich gemacht. Ich würde nichts dagegen haben, wenn er zum Vorsitzenden einer Abschätzungskommission oder in ein ähnliches Amt berufen würde. Aber, nachdem er einmal die rechtmäßige Verfassung verletzt, trotzdem er einen Eid auf sie geleistet hat, kann er keinen Anspruch darauf erheben, die Verfassung zu hüten. Nur ein solcher Mann kann das tun, dessen Herz für die Verfassung schlägt und trotz seiner jetzigen Entschuldigungsfrage zweifelt ich daran, daß er nunmehr die Verfassung in sein Herz geschlossen hat.

Die Herzen vom alten Staat sind nicht so tolerant gewesen, wie es jetzt das Zentrum ist. Als der Leutnant Tschow im Jahre 1848, um unnützes Blutvergießen zu vermeiden, dem Kommandeur des Zeughauses nahegelegt hatte, die Räumung vorzunehmen, wurde er zu einer schweren Strafe verurteilt. Es gelang ihm, nach Amerika zu entfliehen. 40 Jahre später, 1888, kam er als 73jähriger Mann nach Europa zurück, und er hat, damit kein Wunsch, auf deutscher Erde begraben zu werden, erfüllt werden könne, ihm den Aufenthalt in Deutschland zu gewähren. Die Antwort darauf war die Erneuerung des Stechbrieves. (Hört! hört! links.) Eine solche Rücksichtslosigkeit mühen wir Ihnen (zum Zentrum) nicht zu. Aber zwischen einer solchen Rache und der Verletzung des Postens des Reichsverfassungsministers befinden sich noch Zwischenstufen, auf deren einer Sie ruhig hätten Halt machen können. Welche Folgen sich aus diesem Ihrem Verhalten ergeben werden, das will ich nicht prognostizieren.

Außer dem kommunistischen ist inzwischen noch ein sozialdemokratisches Mißtrauensvotum gegen Minister v. Reudell eingegangen.

Herr Nischhofen (Dem.)

schickt sich dem Abg. Dr. Landsberg an in der Beurteilung des Verhaltens des Ministers v. Reudell beim Kapp-Putsch. Ein Beamter, der in dieser Weise seine Beamtenpflicht verletzt hat, könne unmöglich den Ministerposten bekleiden, denn der Schutz der Verfassung und die Sorge für die Verfassungstreue der Beamten anvertraut ist. In der Frage des Vorklats gegen Hoffow v. Tressow sei die Darstellung des Reichstanzlers nicht richtig. (Hört! hört! links.) Tatsächlich habe v. Tressow Bedenken geäußert gegen einen Putschplan, den ein Major Bodecke ihm vorgelegt habe. Tressow habe sich darüber Rat beim Jungdeutschen Orden, dem er angehört, der Ordensmeister Mahraun hat die Sache dann in seiner Denkschrift dem Wehrministerium mitgeteilt und wahrscheinlich aus dem Wehrministerium haben die reumärkischen Rittersgutsbesitzer Kenntnis von dem Vorgehen des Herrn v. Tressow erhalten. (Hört! hört! links.) Herr v. Osten und Herr v. Reudell haben dann Herrn v. Tressow geladen und aufgefordert, die Erklärung zu unterschreiben, daß er sich vom Jungdeutschen Orden trennen wolle. Als Herr v. Tressow das verweigerte, wurde beschlossen, ihn gesellschaftlich zu ächten. (Woh! hört! hört! links.) Diese verächtliche Erscheinungsform des politischen Kampfes hat der Mann mitgemacht, der nun Reichsinnenminister sein soll. Wir können an einem solchen Minister kein Vertrauen haben. (Beifall links.)

Nach einem Schlusswort des Abg. Creuzburg (Komm.) wird der motivierte Mißtrauensantrag der Demokratischen Fraktion in namentlicher Abstimmung mit 217 gegen 161 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. — Die nicht motivierten Mißtrauensanträge der Sozialdemokraten und Kommunisten werden in namentlicher Abstimmung mit 218 gegen 163 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Die Ergänzung der Verordnung über die Fürsorge für erwerbslose Seeleute wird dann in zweiter und dritter Beratung ohne Debatte angenommen. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs über die Reichs-Wohnungszählung im Jahre 1927 und die Feststellung der Zahl der Wohnungszählenden. Der Wohnungsausschuß beantragt, der Vorlage zuzustimmen, ferner folgende Entschlüsse anzunehmen:

Der Reichstag wolle beschließen: 1. Dem Gesetzesentwurf in der aus anliegender Zusammenfassung ersichtlichen Fassung die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen; 2. folgende Entschlüsse anzunehmen: a) Die Reichsregierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß in den Erhebungspapieren unter anderen folgende Fragen Berücksichtigung finden: 1. Benutzen die Untermieter die Küche des Hauptmieters mit? 2. Seit wann hat der Hauptmieter die Wohnung inne? 3. Welche Staatsangehörigkeit besitzt der Hauptmieter (Nichtdeutscher, Russe, Pole, Tscheche usw.)? b) Die Reichsregierung zu ersuchen, im Einvernehmen mit den Ländern die Zahl der in Werkwohnungen befindlichen betriebsfremden Personen festzustellen.

Herr Gypinski (Soz.)

begründet mehrere Änderungsanträge seiner Fraktion. Die Wohnungszählung sei die erste in Deutschland, sie müsse deshalb so umfassend wie möglich vorgenommen werden. Vor allem müsse dabei auch für die geundheitlichen Verhältnisse der Wohnungen Rücksicht genommen werden. Die durch den Gesetzesentwurf vorgesehene Wohnungszählung umfasse 3478 Gemeinden mit 44,5 Prozent der Gesamtbevölkerung, während nahezu 60.000 Gemeinden aus der Zählung herausblieben. Es komme jetzt darauf an, die Bestimmungen der Verfassung zu verwirklichen, wonach jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen Familien, besonders den Kinderreichen, eine gesunde Wohnung und eine Heimstätte zu sichern sei. Das werde aber nicht erreicht, wenn man nur die Wohnungsverhältnisse im allgemeinen feststelle und nur die Wohnräume zähle. Man müsse vielmehr die Flächenräume feststellen, die den einzelnen Familien zur Verfügung stehen, besonders die Flächen in jenen Wohnungen, in denen sich mehrere Familien zusammendrängen müssen.

Im Ausschuss war zuerst auch beschlossen worden, die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande festzustellen. Zwischen der ersten und zweiten Lesung lag aber die Regierungsbildung und da kamen die Regierungsparteien zu der Erkenntnis, daß man die Verhältnisse auf dem Lande nicht berühren dürfe. Daher die Entschließung des Ausschusses, wonach nur die in Werkwohnungen befindlichen betriebsfremden Personen festgestellt werden sollen. Die vom Ausschuss beschlossene Frage nach der Staatsangehörigkeit bedeutet einen Ausbruch der Rassenpolitik zu antisemitischen Zwecken. Im alten Deutschland hat man zwar die Arbeitskraft der Ausländer in Anspruch genommen, aber das Heimatsrecht wurde ihnen nicht gewährt. Zu einer Wiederholung dieser Zustände darf es nicht mehr kommen. (Woh! Beifall bei den Soz.)

Unter Ablehnung aller Änderungsanträge, auch der von der Sozialdemokratie gestellten, wird die Vorlage schließlich nach kurzer Debatte in zweiter und dritter Lesung verabschiedet. Das Haus stimmt auch den Entschlüssen des Ausschusses zu. Um 4¼ Uhr verläßt sich das Haus auf Mittwoch, den 16. Februar.

Der Tod eines Millionärs.

Von G. D. H. Cole and Margarete Cole.

Autofisierte Uebersetzung von Kathilde Wertheimer.

24]

„Ich besitze nur die Adresse postlagernd Reval.“

„Ich glaube, Mr. Pasquet ist nicht mehr dort.“

„Haben Sie denn gar keine Ahnung, wo er sich jetzt aufhält?“

„Hm.“ — Mr. Franklins Augen verfielen sich bei diesen Worten bedenklich in die Lord Calings — „richtig, ich vermag vollkommen, es dem Oberinspektor zu sagen. Aber ich enthalte mich davor, daß Mr. Radlett irgend etwas erwähnt hat, er sei in Reval.“

Aber er nannte mir keine bestimmte Adresse. Es mag für Sie wertvoll sein, dies zu wissen. Sie verstehen, ich habe es ganz vergessen, als ich mit Wilson sprach.“

„Ich bin Ihnen wirklich außerordentlich verbunden, Franklin. Sie können sich darauf verlassen, daß ich es Ihnen nicht vergessen werde. Hm, Reval.“

„Es freut mich immer, Ihnen dienlich sein zu können, Mylord.“

„Jetzt, Franklin, gibt es noch eine zweite Sache zu besprechen. Was jagte Ihnen Radlett über unsere geizige Unterredung?“

„Ich erzählte Wilson nur, daß er mir mitgeteilt hat, Sie gesprochen zu haben.“

„Schön. Aber er erzählte Ihnen noch etwas anderes?“

„Nun, Mylord, er deutete mir an, daß es vorerhand noch Zweifel für ihn gäbe in Bezug auf sein Gesellschaftsabkommen mit der Anglo-Baltic wegen ihres schlesischen Kases in der City.“

Mr. Franklins bläue bedeutungsvoll Lord Caling an.

Hören Sie, Franklin. Ich glaube, Sie kennen andere Leute. Erwähnen Sie mir, ob Sie jemals Radlett über gewisse Angelegenheiten über den von Ihnen berührten Gegenstand enthielt. Radlett sandte Ihnen diesen Brief nicht?“

„Nein.“

„Er muß ihn gekümmert erhalten haben. Nun, dieser Brief darf nicht zum Vorhain kommen. Es würde unangenehme Szenen anrichten und niemand würde daraus Nutzen ziehen. Ich vertraue auf Gott, daß Radlett ihn vernichtet hat. Aber wenn er es unterläßt, dann, ja dann befindet er sich entweder

unter den Papieren in seinem Zimmer und fiel in die Hände der Polizei — oder der Mörder hat ihn erwischt. Verstehen Sie, daß das verdammt unangenehm ist?“

Franklin fröhlich über's Kinn und betrachtete Lord Caling.

„Ja, so wird's sein“, entgegnete er. „Aber ich kann mir nicht recht vorstellen, was ich dabei machen soll.“

„Mein lieber Freund, Sie sind doch Radletts Rechtsvertreter. Können Sie nicht in diese Schriften Einsicht nehmen, ehe die Polizei sie durchsieht — Sie verstehen schon?“

Franklin horchte einige Augenblicke zu Boden. „Es ist bestenfalls eine armselige Hoffnung“, sagt er endlich, „und gewagt.“

„Selbstverständlich würden Sie mich dadurch sehr tief verpflichten, mein lieber Freund.“

„Schön. Wohlan, Mylord, wenn ich irgend etwas für Sie tun kann, gerne. Aber ich fürchte, man wird mir die Papiere nicht überlassen.“

„Versuchen Sie's, Franklin. Mittlerweile werde ich trachten, mich mit Pasquet in Reval in Verbindung zu setzen.“

„Vielleicht ist er von dort schon abgereist. Aber ich frage mich, Mylord, ob Sie es denn nicht so einrichten könnten, daß Sie einen Vertrauensmann hinfenden, der sich mit ihm dort in Verbindung setzt. Er könnte einen Brief von mir, der sich auf Mr. Radletts Testament bezieht, und gleichzeitig einen von Ihnen mitnehmen.“

„Keine schlechte Idee, Franklin.“ Lord Caling dachte einen Moment nach. Dann drückte er auf die Klingel: „Warten Sie Mr. Wharton hierher“, erludte er seinen Sekretär, der auf das Klingelzeichen eingetreten war.

Neuntes Kapitel.

In welchem ein kultivierter junger Mann einen angenehmen Auftrag erhält.

Arthur Wharton war Lord Calings's Kasse. Jedes Wort, das er sagte, hatte unter ihrem Glanz — einen erfolgreichen Schriftsteller, der sich irgendwie seinen Weg in die Gesellschaft gebahnt hatte — charakterisierte. Sie mußte es erleben, ihren Reichtum zu bereuen, denn der Schriftsteller arbeitete in seinem Privatleben nicht die lebenswichtigen Eigenschaften seiner Helden. Dann, als Arthur 19 Jahre alt war, war er gestorben. Arthur war das einzige Kind. Sein Vater lebte auf Capri und gab ihm nur knappen Taschengeld; sie traten sich niemals.

Arthur war nach Winchester gesteckt worden und von da nach Balliol gekommen. Dort hatte er nicht sehr viel Erfolg gezeitigt und sich in seiner ruhigen Art des Lebens erfreut. Er hatte genügend Unversitätsprüfungen, aber bei weitem nicht zu viele abgelegt und machte ein „summa“; daraufhin wurde er als fellow in „All Souls“ gewählt, in dieses bemerkenswerte Colleg, wo es eine Menge Lehrer und keine Studenten ohne akademischen Grad gibt, mit Ausnahme von ein oder zwei Bibelpredigern, die Lektoren sind. Arthur hatte niemals beabsichtigt, Professor im eigentlichen Sinn des Wortes zu werden. Er wollte sich nicht, wie er sagte, „in eine Schachtel einsperren lassen“. Denn ein fellow von All Souls hat nichts zu tun. Es war eine hübsche Stipendie, welche den Vorteil eines vorzüglich eingerichteten Clubs befaß und zugleich eine Empfehlung an Männer von Einfluß — vom Ministerpräsidenten und Erzbischof angefangen — die als „Alte Herren“ gelegentlich auf ein Weekend kamen.

Arthur war jetzt ein Jahr in All Souls. Dann wurde er des Nichtstuns überdrüssig. Es befahl ihn das Verlangen, etwas zu arbeiten — eine Schrift, die dadurch nicht gestiftet wurde, daß er während der Ferien wüßbegierig Europa durchstreifte. Er dachte daher an seinen Onkel, der, wie er wußte, große Stücke auf ihn hielt. Eines Abends, einer plötzlichen Eingebung folgend, die vielleicht durch die gefährlichen Eigenschaften von „All Souls“ alten Biers ausgelöst worden war, schrieb er an Lord Caling und bat ihn um eine Anstellung in der Anglo-Baltic. Schon am nächsten Morgen bereute er diese Tat; aber der Brief war abgehandelt.

Es kam tatsächlich eher einem bizarren Abschwanken von seiner Linie gleich, denn er war Mitglied — wenn auch nicht aktives Mitglied — der Vereinigung sozialistischer Hochschüler gewesen und hatte wüßte Schmäheren gegen Geld und Geldleute im Munde geführt. Aber an dem Abend, an dem er geschrieben, hatte dieser alte Geiz Wilberforce ihn richtig steifen lassen. Wilberforce, die Plage von „All Souls“, hatte über die Vorteile des akademischen Lebens gesprochen, die Ueberlegenheit des „reinen Denkens“ über „bloßes Tun“, den verderblichen Einfluß jeglichen Handelns auf das Denken. Die Philosophen, sagte er, dürften nicht Könige sein, dies würde ihre Philosophie über den Haufen werfen. Arthur hatte höflich zugehört, dann war er auf sein Zimmer gegangen und hatte an Lord Caling geschrieben. Plötzlich war er sich der unbedingten Nichtigkeit von Oxford bewußt geworden.

(Fortsetzung folgt.)

Der Kultusminister über den Verfassungstempel in der Studentenschaft.

Der Hauptausschuss des Preussischen Landtags begann am Freitag die Fortführung der Beratungen des Kultushaushalts in allgemeiner Aussprache zum Abschnitt „Universitäten und Technische Hochschulen“.

Berichterstatter Abg. Dr. Waentig (Soz.) bedauerte, daß auch bei diesem Abschnitt dringende Bedürfnisse angeht, die Finanzlage nicht erfüllt würden. In den Technischen Hochschulen müßten die Geisteswissenschaften besonders gepflegt werden. Für die Technischen Hochschulen erbat er den Bericht Abg. Dr. Fahrenberg (Ztr.). Er wies auf die große Raumnot hin.

Abg. Dr. Boelck (Wirtsch.) tritt für Hinausschiebung der Altersgrenze für Universitätsprofessoren ein. Abg. Dr. Kaufner (Zentrum) begrüßt die Anträge auf Verfassungsfrage für West-Anschaffung. Der Geist der „Studentenschaft“ sei derartig, daß es fraglich sei, ob solchen Organisationen staatliche Rechte gegeben werden könnten. Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) forderte, daß der großdeutsche Gedanke nicht ins Böckische abgebeugt werde. Die Technischen Hochschulen müßten Einrichtungen für die Allgemeinbildung haben.

Kultusminister Dr. Becker erklärte, daß der in der Studentenschaft wie in der Jugend überhaupt herrschende Radikalismus nicht so weit gehen dürfe, daß gewisse Gruppen versuchen, sich über die Autorität des Staates hinwegzusetzen. Die Linie der Politik des Ministeriums könne nicht dadurch verwischt werden, daß durch eine gefühlsvolle Bewerfung der Begriffe „Wirtschaft“ und „Wohlfahrt“ die Öffentlichkeit zu beeinflussen versucht würde. Der Minister wisse sich in dieser Frage mit der großen Mehrheit des Landtages eins.

Hierauf teilte der Minister noch mit, daß bei der Unterjährtätigkeit ein Seminar für Gewerkschaftswesen eingerichtet werden sei, und daß die Unterrichtsverwaltung als allgemeine Altersgrenze für Professoren das 68. Lebensjahr für geeignet halte.

Nachdem dann noch Ministerialdirektor Dr. Richter sich über weitere Hochschulfragen, insbesondere über das Hauptprogramm für Universitäten und Hochschulen, geäußert hatte und von volksparteilicher Seite zur Verlesung in der Frage der Neuordnung der deutschen Studentenschaft geraten worden war, erklärte Kultusminister Dr. Becker noch, daß im Wintersemester vom 1. November bis 31. Mai und das Sommersemester vom 15. April bis 31. Juli festzusetzen. Hierauf verlagte sich der Ausschuss auf Sonnabend zur Beratung des Abschnittes „Kunst“.

Schwere Zuchthausstrafen für Reichswehrsoldaten.

Leipzig, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Reichswehrsoldaten Heinrich Böhm, Wilhelm Michel und Jakob Güte vom Artillerieregiment 9 aus Ludwigslust, alles Leute im Alter von 22 bis 24 Jahre, hatten sich am Freitag wegen Betrags militärischer Geheimnisse und verurteilten Spionage vor dem 5. Strafsenat des Reichsgerichts zu verantworten. Böhm hatte vor seinem Eintritt in die Reichswehr mit einem französischen Offizier in Griesheim in Verbindung gestanden, der ihn veranlaßte, Nachrichten über die Reichswehr zu übermitteln. Besonders wollte das französische Spionagebüro erfahren, ob in dem betreffenden Regiment Zeitschriften eingekauft würden, und welche Gefährlichkeitsmodelle der Truppenführer hatte. Böhm beantragte Michel, dem französischen Nachrichtenbüro einiges Material auszuhandeln, Michel erhielt dafür 50 Mark. Diesen Betrag teilten sie sich gemeinsam zu dreien. Auch war Güte von dieser Sache verständig worden.

Das Gericht verurteilte die jungen Leute, obwohl sie eingestanden, daß sie im jugendlichen Leichtsinne gehandelt hatten, zu schweren Zuchthausstrafen. Böhm erhielt wegen Spionage acht Jahre Zuchthaus, zehn Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, Michel fünf Jahre Zuchthaus, zehn Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, und Güte wegen Betrags militärischer Geheimnisse ein Jahr sechs Monate Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Alle drei Angeklagten wurden aus dem Heere entlassen.

Ein Gesetzentwurf über Erweiterung des Stadtkreises Königsberg. Dem Staatsrat liegt zur gutachtlichen Äußerung ein Gesetzentwurf des Preussischen Staatsministeriums über Erweiterung des Stadtkreises Königsberg vor, wonach die Landgemeinden Juditten, Neuhufen, Cummertau und Denau, die Gutsbezirke Contieren, Friedrichswalde, Ratshof, Marauenhof, Großer Gezierplatz und Speichersdorf sowie näher bezeichnete Teile der Landgemeinde Suedbau und der Gutsbezirke Groß-Friedrichsberg und Liep, sämtlich zum Landkreise Königsberg in Preußen gehörig, mit dem Stadtkreise und der Stadt Königsberg vereinigt werden sollen. Binnen drei Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes und die Stadterordnungen betreffend die Sammlung der Stadt Königsberg sowie der Kreisrat des Landkreises Königsberg neu zu wählen. Das Gesetz soll am 1. April dieses Jahres in Kraft treten.

Aus aller Welt.

Von seinem Arbeitgeber umgebracht?

In Blankensee in Mecklenburg, nahe bei Rostock, wurde dieser Tage ein Verbrechen verübt, an dessen Aufklärung die mecklenburgischen und auch die Berliner Behörden zurzeit intensiv arbeiten. Es handelt sich um einen Mord an dem 26jährigen Landwirt Karl Köhde, der von seinem Arbeitgeber, dem Erbpäpäter Krüger, wegen einer Versicherungssumme von fünfzigtausend Mark umgebracht worden ist. Köhde wurde am vergangenen Sonnabend in einer überhörmten Weise bei Blankensee tot aufgefunden. Eine nähere Untersuchung ergab, daß die Leiche Würgemale an Hals hatte. Der Verdacht, das Verbrechen verübt zu haben, fiel sofort auf den Landwirt Krüger. Er hatte seinen Knecht im vergangenen Dezember plötzlich bei einer Berliner Versicherungsgesellschaft mit 50 000 Mark versehen lassen. Die Versicherungssumme sollte nach Ablauf von 25 Jahren an Köhde als Anerkennung für seine Dienste bei Krüger ausbezahlt werden. Außerdem übernahm Krüger die Verpflichtung zur Prämienzahlung, für den Fall aber, daß Köhde vorher sterben sollte, war eine Bestimmung getroffen, nach der die Versicherungssumme von 50 000 Mark an den Erbpäpäter Krüger ausbezahlt war. Diese Versicherung erweckte in dem Wohnort Krügers in Blankensee insofern großes Aufsehen, als Köhde erst kurze Zeit in den Diensten Krügers stand und es im allgemeinen nicht üblich ist, einen Knecht in dieser Weise zu versichern. Als jetzt die Leiche Köhdes gefunden wurde, fiel sofort ein Verdacht auf Krüger, der inzwischen mit seinem Versicherungsagenten in Haft genommen wurde.

Der Heiratschwindler auf dem Spag-Dee.

In Berlin hatte sich der frühere Koch eines Spag-dampfers, Robert Lötter, wegen Betruges im Rückfall zu verantworten. Er bezogene sich, durch Beschöbenheit nicht gemerkt, als den schönen Mann aus Amerika, und hatte bei heiratschwindlerischen Damen stets großen Erfolg. Während der Heiratschwindlerischen Amerikas und Deutschland war er sich in seinen dienstfreien Stunden in vornehme Kleidung und promenierten auf dem Städtchen gewandelt, wie er war, fand er leicht Anknüpfung beim weiblichen Geschlecht. Dabei erfuhr er auch die Adressen von Angehörigen, darunter solche von zahlreichen Witwen in Berlin und Umgebung. Nach Deutschland zurückgekehrt, sprach er bei diesen vor, und bestellte Grüße von den Verwandten, die sich nach der Neuen Welt begeben hatten. Er stencerte sehr rasch auf sein

Die Arbeitslosenversicherung im Ausschuss.

In der Freitagssitzung des Sozialpolitischen Ausschusses wandte sich Abg. Schmidt-Cöpenick (Soz.) bei der Weiterberatung über den Entwurf der Arbeitslosenversicherung mit aller Entschiedenheit gegen die geplante Ausschaltung eines erheblichen Teiles der Landarbeiter. Die im § 36 vorgesehene Bestimmung, wonach die Landarbeiter, die mit Jahresverträgen angestellt sind, von der Versicherung befreit werden, hat bereits in der heutigen Erwerbslosenfürsorge die größten Mängel, Umgehungen der Verordnung und Maßregelungen hervorgerufen. Während auf der einen Seite dauernd über die Flucht der Arbeiter vom Lande geklagt wird, will man hier ein neues Ausnahmegesetz gegen die Landarbeiter schaffen, ihre soziale Zurücksetzung gegenüber der Industriearbeiterschaft noch vergrößern. Gegenüber den Vorwänden der bürgerlichen Parteien stellte der sozialdemokratische Redner fest, daß die Erhaltung niedriger Landarbeiterlöhne der einzig wirkliche Grund für diese von den Großgrundbesitzern gewollte und von der Regierung vorgeschlagene Ausschaltung der Landarbeiter von der Versicherung ist. In Hand umfangreichen Zahlenmaterials widerlegt er die Behauptung, als gebe es auf dem Lande keine Arbeitslosigkeit.

Der Regierungsvertreter, Geheimrat Meigert, mußte bestätigen, daß die bisherige Regelung tatsächlich vielfach Scheinverträge veranlaßt hat. Er begründete den Regierungsstandpunkt damit, daß in manchen Fällen zu Unrecht Arbeitslosenunterstützung bezogen werden könnte. Wenn überhaupt eine Einbeziehung erfolgte, so müßte für die Landarbeiter eine Sonderversicherung geschaffen werden. Die Sozialdemokratischen kündigten an, daß bei Einbeziehung der Landarbeiter die Großgrundbesitzer zum Winter Entschädigungen in großer Zahl vornehmen würden. Behrens (Diat.) sprach sich für eine Sonderversicherung aus und beantragte, die Beschlußfassung vorläufig auszusetzen. Andre (Ztr.) machte sich im wesentlichen die von den Großgrundbesitzern vorgebrachten Gründe gegen eine Arbeitslosenversicherung der Landarbeiter zu eigen. Hoch (Soz.) verlangte eine sofortige grundsätzliche Entscheidung des Ausschusses über die Versicherungspflicht der Landarbeiter und erklärte, daß sich die Sozialdemokratie auf keinen Fall auf die von den Regierungsparteien angekündigte Verschleppung einlassen würde. Wolf (Diat.) sprach gegen die Versicherungspflicht der Landarbeiter. Räder (Komm.) unterstützte den sozialdemokratischen Antrag. Er steht in der Haltung des Zentrumssprechers Andre für die Interessen der Linder die ersten Anzeichen des neuen schwarzblauen Regierungsblocks. Moldenhauer (Z. B.) verteidigte die Regierungsvorlage. — Die weiteren Verhandlungen wurden auf Mittwoch verlagert.

Deutsch-polnische Staatsangehörigkeitsfragen.

Die deutsche und die polnische Regierung haben am 21. Dezember 1926 ein Abkommen getroffen, nach dem eine deutsch-polnische Schlichtungskommission den Streit zwischen den Streitparteien beizulegen, in denen Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen aus dem deutsch-polnischen Bürger Abkommen vom 30. August 1924 von deutscher und von polnischer Seite verchieden beurteilt werden. Die Schlichtungskommission, die am 15. Februar 1927 erstmalig in Paris zu sammengetreten ist, wie der Amtliche Preussische Gesandtenrat einem umfangreichen Rundschreiben des Ministers des Innern entnimmt, nur nach für schwebende Streitfälle zuständig. Bei ihr werden deutschseits im wesentlichen anknüpfend zu machen sein Fälle, in denen einer Person der Erwerb oder der Verlust der polnischen Staatsangehörigkeit oder die Gültigkeit ihrer Option für Polen abweichend von der deutschen Auffassung nachweislich bestritten wird. Für Streitfälle, in denen es sich lediglich um Optionstreitigkeiten handelt, ist die Schlichtungskommission nicht zuständig. Auch für Fälle, die bereits nach Landesrecht rechtskräftig entschieden worden sind, ist an sich die Zuständigkeit der Schlichtungskommission nicht gegeben. Gleichwohl werden sie bei ihr anzumelden sein, um dadurch für sie die Möglichkeit der Verhandlung vor einer anderen internationalen Instanz (Locarno-Schiedsgericht) offen zu halten.

Die Anträge an die deutsche Delegation müßen in vierfacher Ausfertigung bis spätestens 10. April 1927 dem „Deutschen Delegierten der deutsch-polnischen Schlichtungskommission, Ministerialrat Reber, Berlin NW 7, Unter den Linden 72“ eingereicht werden. Sie haben genaue Angaben über den Sachverhalt zu enthalten und müssen mit den nötigen Unterlagen versehen sein. Nähere Einzelheiten finden sich in dem Rundschreiben des Preussischen Ministers des Innern vom 6. Februar 1927 in Nr. 8 des Ministerialblattes für die Preussische innere Verwaltung vom 9. Februar d. J.

Der Magen in Unordnung?

Dann müssen Sie ihn schonen. Hier eine Mahnung für Sie, ohne zu überzäumen.

Guldfisch
Überall erhältlich

Ziel los und ließ die Witwe wissen, daß er einer Verbeiratzung nicht abgeneigt sei. „Sie werden es nicht bereuen, wenn Sie mit mir zum Traualtar gehen.“ Damit zertrünte er alle Bedenken. Sein Glück war groß, er erlangt nicht nur die Liebe, sondern auch Geld und andere Kostbarkeiten. Das Geld wußte er mit dem Hinweis herauszulocken, daß er als amerikanischer Staatsbürger nicht so schnell in Europa über sein Geld und seine Papiere verfügen könne. Der Angeklagte gab seine Betrügereien zu und gesteht sich in der Rolle des reuigen Sünders. Obwohl er nicht weniger als achtzehn Mal verurteilt ist, würdigte das Gericht zu seinen Gunsten die allzu große Vertrauensseligkeit der heiratungstüchtigen Damen aller Klassen. So wurden Letzteren noch einmal mildere Umstände bewilligt und die Strafe auf ein einhalb Jahre Gefängnis bemessen.

Selbstmordtragödien in Berlin.

Die Frau des Buchhalters Karl Holle, der vor einigen Tagen wegen umfangreicher Unterschlagungen bei der Rindl-Beuerei verhaftet worden ist, hat aus Gram in ihrer Wohnung Selbstmord durch Gasvergiftung begangen. Holle hat, wie die Ermittlungen ergeben haben, im Laufe der Jahre fast 170 000 Mark unterschlagen. Die Untersuchung ergab, daß die Frau keine Ahnung von den Verfehlungen ihres Mannes hatte. — Am Freitag mittag sprang eine etwa 25 Jahre alte Frau mit ihrem ein Jahr alten Kinde auf dem Arm in die Spree. Polizeibeamten gelang es nach mühevoller Arbeit, Mutter und Kind aus den Fluten zu bergen und ins Krankenhaus zu überführen. Dort konnte allerdings nur noch der Tod des Kindes festgestellt werden.

Bluttiger Mieterstreit.

In Schöneberg a. E., unweit Magdeburg, kam es zwischen Mietern eines Hauses zu Streitigkeiten, die in solche Gewalttätigkeiten ausarteten, daß ein Mann auf der Stelle getötet wurde, ein anderer erhielt eine schwere Bauchverletzung und einer Frau wurde der Schädel gespalten. Die Polizei mußte 16 Mann aufstellen, um die streitenden Parteien zu trennen.

Das Bett als Gekochte.

In London hat ein 24 Jahre alter Fischhändler mit Hilfe seines Bettes Selbstmord verübt. Er stellte seine Bettstelle mit den Füßen nach oben auf zwei Stühle, kroch darunter und brachte seine Kehle in eine Lage, daß die Kante der Bettstelle

Französische Unschlüssigkeit gegenüber einer neuen Abrüstungskonferenz.

Paris, 12. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Am Freitag abend fand am Quai d'Orsay eine Zusammenkunft hervorragender politischer Persönlichkeiten, so Briand, des Generalsekretärs am Quai d'Orsay, Bethelot, zahlreicher früherer französischer Diplomaten im Ausland, des juristischen Beraters des Quai d'Orsay, Fromageot, und anderer über die amerikanisch-französische Anregung zur Einberufung einer neuen Entwaffnungskonferenz. Die Frage wird heute erneut im Ministerrat aufgeworfen werden, ohne daß eine Entscheidung über die Haltung Frankreichs der amerikanischen Initiative gegenüber getroffen werden dürfte. Die Regierung wird wahrscheinlich zunächst den Delegierten Frankreichs beim Völkerbund und Beratern für die Herceceform, Paul Boncour, über die Angelegenheit befragen.

Der litauische Faschisten-Wirrwarr.

Kowno, 10. Februar. (Drahtber.) Die Sozialdemokratische Partei Litauens hat beschlossen, sofort Schritte zu ergreifen, um die schleunigste Einberufung des Sejms zu erreichen. Die Partei will sich dabei auf einen Punkt des Sejmstatuts stützen, laut welchem der Sejm zur Zeit seiner Ferien einberufen werden muß, wenn ein Viertel der Abgeordneten dies fordert. Die Sozialdemokraten glauben, die notwendige Stimmenzahl leicht erreichen zu können. Einige Blätter haben bereits gemeldet, daß der Sejm am 18. zusammenzutreten soll. — Noch mehr, als mit der Frage der zeitlichen Wiedereinberufung des Sejms, beschäftigen sich die Blätter jetzt mit allerlei angeleglich aufgedeckten Geheimnissen der verhafteten Faschistenführer Lomtus und Kowars. Sie sollen für den 17. Januar einen nächtlichen Putz geplant haben, der zu einer Diktatur des Faschistenführers Gromadzki führen sollte. Angeblich war auch die Errichtung einer Diktatur im Vertrauen in Aussicht genommen, doch hätte man noch keine Diktaturwörter gefunden usw. Die Regierungstreue äußert sich zu diesen „Entwürfen“ überhaupt nicht.

Aus dem Reiche.

Kraft in einer nächtlichen Versammlung. Am Freitag abend kam es in Berlin am Redding in einer Versammlung der Nationalsozialistischen Freiheitspartei zu schweren Ausschreitungen. Die Versammlung war insbesondere von Kommunisten stark besucht, die auf den nationalsozialistischen Redner immer wieder durch Zwischenrufe einzumischen versuchten. Es kam schließlich zu Streitigkeiten die alsbald in eine wüste Schlägerei ausarteten. Man ging mit Beugeln und Stöcken aufeinander los, wobei es zahlreiche Verletzte gab. Die Polizei räumte dann den Saal mit Gummikugeln. Von den beteiligten Personen gingen zwei zur Rettungswache und von dort zum Krankenhaus gebracht werden. Als die Polizei die Ruhe wiederhergestellt hatte, wurde die Versammlung fortgesetzt.

Der Verlust der Post an die Barzats. In der gestrigen Sitzung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichspost wurde mitgeteilt, daß die Post durch ihre Kreditgarantie gegenüber den Barzats 13,5 Millionen Mark verloren hat.

Verhaftung italienischer Flüchtlinge in Sofia. Die bulgarische Polizei hat auf Verlangen der italienischen Regierung einige hier anliegende italienische politische Flüchtlinge verhaftet und ausgeliefert. Die Erregung der politischen Kreise über das ungläubliche und rechtswidrige Verhalten der Polizeidirektion ist sehr groß und dürfte zu einer Interpellation in der Saboranz führen. Die Auslieferung, die nicht ohne Genehmigung des Innenministeriums erfolgt sein kann, zeigt wieder einmal, in welchem Schlepptau sich Bulgarien befindet.

Verchiebung des Disziplinarverfahrens im Falle Kölling. Das Disziplinarverfahren gegen die beiden Magdeburger Richter, Landgerichtsrat Kölling und Landgerichtsdirektor Hoffmann vor dem Oberlandesgericht in Raumburg ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden, weil Landgerichtsrat Kölling schwer an Grippe erkrankt ist.

Die jährliche Kandidatur von Dr. Kütz gesichert. Nach einer Meldung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ aus Dresden hat die Landverwaltungsbehörde ihren Einspruch gegen die Kandidatur Dr. Kütz für das jährliche Ministerium des Innern vorläufig zurückgezogen. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß die Kandidatur Dr. Kütz als gesichert gelten kann.

Personalveränderung in der Preussischen Justizverwaltung. Landgerichtspräsident Dr. Moeller in Breslau ist zum Landgerichtspräsidenten in Elding ernannt worden.

genau darauf fiel. Dann zog er die Stühle weg. Wie er beabsichtigt hatte, fiel das Bett so auf ihn, daß er den Erstickungstod fand.

Sieben Bauarbeiter verunglückt.

Wie aus Frankfurt berichtet wird, brach dort ein Sauerlüt zusammen. Die darauf befindlichen sieben Bauarbeiter wurden schwer verletzt. Zwei von ihnen kamen kurz darauf.

Selbstmord — weil er nicht tanzen konnte.

Aus nicht alltäglichen Motiven hat Stephan Szulops, ein dreißigjähriger junger Mann aus einem kleinen Dorf nahe bei Budapest, seinem Leben ein Ende gemacht. Der Selbstmörder hat einen Brief hinterlassen, in dem er seinen Angehörigen seinen großen Kummer darüber schildert, daß es ihm verweigert geblieben sei, ein richtiger Kanarier zu werden, während alle seine Freunde und Kameraden mühelos die modernen Tänze gelernt hätten.

Schwere Schneestürme in Südbanien.

Wie die „Tagesschau“ aus Belgrad berichtet, haben schwere Schneestürme in Säden und Südbanien des Landes großen Schaden verursacht. In der Eisenbahnstrecke von Spalato liegt stellenweise Schnee bis zu 6 Meter Höhe. Im kroatischen Küstengebiet sind einzelne Gegenden von jeder Verbindung abgeschnitten. Bei Spalato sind mehrere kleine Schiffe verunglückt. In Bosnien und der Herzegowina sind zahlreiche Wälder in die Dörfer eingebrochen.

Eröffnung des Kavalier Kunstmuseums.

Kürzlich wurde im schönen Kololo-Schlösschen der Kaiserin Katharina der Großen zu Katharinental bei Kowal ein Kunstmuseum eröffnet, welches die bedeutendsten Kunstsammlungen Estlands umfaßt und somit eine begrüßenswerte Kulturtat darstellt. Die junge, naturgemäß noch nicht sehr umfangreiche Sammlung (218 Gemälde, 201 Zeichnungen, 36 Plakate) ist chronologisch angeordnet und enthält manche sehr schöne Stücke: einen Terborgh, einen Teniers, und Boninus, auch Baurgymnast und von späteren Winterbauer, Brackleser, und den Russen Schischkin. Mehrere alte Italiener sind ebenfalls vertreten.

Jerusalem in Schnee.

Infolge eines schweren Schneesturms in der letzten Nacht ist die Stadt heute zum ersten Male wieder seit 1921 in tiefen Schnee gehüllt.

Und jetzt

RESTE

Abschnitte, Reste, Einzelstücke, sowie bei der Dekoration leicht angestaubte Waren gelangen ab Montag zu sehr billigen Preisen zum Verkauf

Im Parterre: Reste von Baumwollwaren · Kleiderstoffen · Seidenstoffen · Stickereien · Spitzen

Die bei der Dekoration verwandten weißen Taschentücher Stück **8** Pfg.

Im 1. Stock: Angestaubte Damenwäsche · Schürzen

Im 2. Stock: Gardinenreste · Einzelne Fenster und Gardinen · Läufer- und Linoleumreste

Besuchen Sie unseren Teerraum!

Besuchen Sie unseren Teerraum!

Ein Posten Fabrikreste
Anzugstoffe

140 cm breit für Knabenanzüge,
Breeches, Hosen
außergewöhnlich billig **2⁴⁵**
Meter Mk. 2.95

LINDEMANN & CO. A.G.

DAS HAUS DER VERTRAUENSQUALITÄTEN

Breslau, Ohlauer Straße 71-73

Deutscher Verkehrsbund

Verwaltungsstelle Breslau
Montag, 14. Februar, abends 7 1/2 Uhr
im Saale des Gewerkschaftshauses, Margaretenstr. 17

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht der Ortsverwaltung vom 4. Quartal und Jahresbericht 1926
2. Freie Musikprache
3. Wahl des Gauvorstandes, der Ortsverwaltung und Revisoren

Mitgliedsbuch oder Karte als Ausweis vorlegen.
Die Ortsverwaltung
A. U.: Bent.

NB Sonnabend, 19. März, im Gewerkschaftshaus: Bundesfeier zu Ehren der über 25 Jahre dem Verbands angehörenden Mitglieder. D. D.

Wichtig für Frauen und Töchter!

Nährkurse zum Anfertigen eig. Garderobe!
Sehr mäßige Preise Beginn am 7 März
erteilt unter persönlicher Leitung

Frau **Martha Schwanz**, Damenschneiderei,
Breslau, Taschenstraße 1, III, Ecke Ohlauer Straße.
Sprechzeit u. Anmeldung v. 9-7 Uhr täglich.

Berufstätiges Ehepaar

vertraglich, hoch
leeres oder möbliertes Zimmer
ohne Kochgelegenheit.
Offerten mit Preisangabe beiliegend unter Nr. 87
Postamt 6, Friedrich-Wilhelm-Straße. 129

Jedem ein Fahrrad

Abzahlung ganz nach Wunsch
Geringe Anzahlung von 50 Mk. an. Zubehör gratis.

R. Mühle & Sohn
Lauentzstraße 55, Nähe Salzstraße.

Buchhandlung Boltzmann Modernes
Breslau 5 Neue Graupenstraße 5

P.K. KAUBONBONS
WRIGLEY A.G. FRANKFURT a. M.

Schachpartnerin
gesucht. Offert. unt. St. 424
an die Geschäftsstelle d. Ztg.
Flurstraße 4/6, abeten. 124

Lichtanlagen
Ernst Eichwald
fragen!
Elektr.-Büro
Ernst Eichwald
Kupferschmelzstr. 26
Anruf: Ring 8982.

Berücksichtigt
unsere
Inserenten!

Zwangsversteigerung.
Dienstag, den 15. Februar, vormittags 9 Uhr,
versteigere ich öffentlich meißelnd gegen sofortige
Barzahlung, Gräbshener Straße 85

91 Stück div. Damenmäntel
in 1 Posten, eventl. geteilt, voraussichtlich bestimmt
Pieloth, Ober-Gerichtsvollzieher, Ohle 3160.

Schürzennäherinnen
Wäschnäherinnen
für nur gute Arbeit, denen
daran liegt, das ganze Jahr flott
beschäftigt zu werden, wollen sich
m. Probearb. u. Ausweis meld.
Posener & Cohn, Ring 60

Schneiderinnen
für Knabenanzüge 1-6, 7-12, sowie
Leibschneidern - Näherinnen
können sich mit Probearbeit und Ausweis melden.
Sälzinger & Grünbaum, Breite 22/23, II.

Wichtig! Am billigsten
kaufen Sie Bettstellen v. 5 bis
29 Mk., Tisch v. 5 Mk., Stühle
v. 2 Mk. an, Küchenbüchse 19 Mk.,
Kommode v. 9 Mk. a., Schränke,
Bettl. 2 u. 1 für, 4, 3, 2, 1,
25, 19, 15, 12 Mk., Wäschstich
9 Mk., Nachttisch v. 4 Mk. an,
Couchong. 12 Mk., Sofa 25 Mk.,
Spiegel v. 20 Mk. an bei Kanari,
Gnellenaustraße 11 124

Damenmäntel 8⁰⁰
um zu räumen von
in großer Auswahl
Urban, Kottstr. 1, 2. Stg.

Frauen
bedarfs-Artikel in Irriga-
toren, Leib- und Monats-
binden billigst.
Frau M. Böhm,
Gummwarenhaus
Breslau 2 Grünstraße 11.

kleine Anzeigen
finden morgen gezielte ein-
seitige Anzeigen von Wer-
tungen, Kaufgeboten u. a.
nur von Privat. Wori
3 Pfennige, seit 4 Pfennige

Arbeitsmarkt
Perf. Näherinnen
auf gute Hüftmäntel werden
bei hohen Löhnen sofort ein-
gestellt. Bewerb. müssen 5 Pf.
leibere Arbeit leisten.
E. Kämpfer
Werstatt feiner Damenmäntel
Lohestraße 67/69. 129

Nosennäherinnen
auf gute Arbeit bei hohem
Lohn für Werstatt u. an-
Haus sofort gesucht
Kronprinzenstr. 38, I. 128

Auktion!

Verlängerung bis 15. Februar.
Leihhaus Hickmann
Matthiasstraße 113.

Erfinder-
möglichst Broschür geg. Post.
Pat.-Ing. Ebel,
BRESLAU, Posener Str. 55

kleine Anzeigen
finden morgen gezielte ein-
seitige Anzeigen von Wer-
tungen, Kaufgeboten u. a.
nur von Privat. Wori
3 Pfennige, seit 4 Pfennige

Arbeitsmarkt
Perf. Näherinnen
auf gute Hüftmäntel werden
bei hohen Löhnen sofort ein-
gestellt. Bewerb. müssen 5 Pf.
leibere Arbeit leisten.
E. Kämpfer
Werstatt feiner Damenmäntel
Lohestraße 67/69. 129

Nosennäherinnen
auf gute Arbeit bei hohem
Lohn für Werstatt u. an-
Haus sofort gesucht
Kronprinzenstr. 38, I. 128

Nosennäherinnen
auf gute Arbeit bei hohem
Lohn für Werstatt u. an-
Haus sofort gesucht
Kronprinzenstr. 38, I. 128

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Lohn- und Tarifbewegung der schlesischen Landarbeiter.

(Schluß.)

Die in der ersten Schlichterkammer mit den Stimmen der Arbeitnehmer und dem Schlichter gegen die Stimmen der Arbeitgeber angenommenen Verbesserungen des Tarifvertrages, insbesondere die von Arbeitnehmerseite geforderten gesetzlichen Schutzbestimmungen wurden in freier Vereinbarung von den Bauernorganisationen angenommen.

Der Zwang zur Stellung von Hofsängern wurde beseitigt. Eine Erhöhung der Barköhne wurde vereinbart und zwar: für den Deputierten von 8,5 auf 10 Pf. pro Stunde, für Landarbeiter in gehobener Stellung (Kaufmännler, Schaffer und ähnliche Arbeiter) von 13,6 auf 15 Pf., Gutshandwerker von 11,4 auf 17 Pf. Die verheirateten Freiarbeiter sollen auf 34 Pf. bekommen, Hausföhne und unverheiratete Freiarbeiter auf 20 Pf. 31 Pf. Der Lohn der Deputantenfrauen und Freiarbeiterinnen wurde von 14 auf 16 Pf. erhöht. Ebenso wurden die Löhne der Jugendlichen in Großbetrieben durchschnittlich um 1 1/2 Pf. pro Stunde erhöht. Auch für die bäuerlichen Betriebe wurden höhere Löhne vereinbart, die durch eine besondere Lohnskala noch näher auf die einzelnen Monate verteilt werden sollen.

Nachdem dieser Tarifvertrag auf Grund freier Vereinbarung zwischen den Organisationen zustande gekommen war, wurde von Arbeitnehmerseite beantragt, daß nunmehr dieser Tarif auch für die übrige Landwirtschaft in Schlesien Geltung haben solle. Die Schlichterkammer kam diesem nach. Mit Stimmenmehrheit wurde beschlossen, den Tarifvertrag auch für den land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverband für gültig zu erklären.

Nunmehr werden Vertreter des land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes das Reichsarbeitsministerium bestimmen und versuchen, den Nachweis zu führen, daß die schlesische Landwirtschaft bei den vereinbarten Lohnsätzen zugrunde gehen müsse, und daß bei einem geplanten Lohnabzug von 20 Prozent der schlesische Landarbeiter noch immer ein heftiges Leben werden führen können. Man wird mit statistischem Material, graphischen Darstellungen und den bekannten Bildervergen anstreben, um zu beweisen, daß es den schlesischen Landwirten noch sehr viel schlechter gehe als den Landarbeitern.

Jetzt ist es auch die Landarbeiter mobil zu machen, um von den wahren Abhängigen der Arbeitgeber zu unterscheiden. Vor allem muß den Regierungsstellen und insbesondere dem Reichsarbeitsministerium die furchtbare Not der schlesischen Landarbeiter geschildert werden.

Wir nehmen zwar an, daß das Reichsarbeitsministerium nunmehr mit den Bauernorganisationen abgeschlossenen Tarifvertrag für verbindlich, also auch für die Großgrundbesitzer geltend, erklären wird. Sollte dies nicht geschehen, dann werden die Landarbeiter, aus Not getrieben, zu dem letzten gewerkschaftlichen Mittel greifen müssen wie im Jahre 1923.

Wir dürfen auf die Einsticht der Regierungsstellen um so mehr rechnen, weil die ausländischen Arbeiter das Doppelte, zum Teil das Dreifache an Einkommen mehr erhalten als inländische Arbeiter, und weil große Teile der schlesischen Landwirte von der Regierung die Zulassung großer Massen polnischer Arbeiter werden, während Judentaufen einheimischer Landarbeiter, insbesondere solche, die keine Hofsänger stellen können, arbeitslos sind und damit beweisen ist, daß die Landwirtschaft auch höhere Löhne, wie sie den deutschen Arbeitern anbietet, zahlen kann.

Die in den nächsten Tagen stattfindenden Protestversammlungen gegen Verelendung und Schuldenmachung der Landarbeiter müssen ein stammendes Zeugnis dafür ablegen, daß die Landarbeiter nicht gewillt sind, in der deutschen Republik eine Ausnahmestellung einzunehmen und auf den ihnen verfassungsmäßig zustehenden Schutz zu verzichten, um sich als Sklaven behandeln zu lassen.

Sie müssen heute geloben, ihre Organisation zu stärken und den letzten Landarbeiter und Landarbeiterin der Organisation anzuschließen. Nur eine starke Organisation, der Deutsche Landarbeiterverband, wird imstande sein, Herrschergeleüste abzuwehren und den Landarbeitern ein erträgliches Los zu sichern.

Abrüstung in der Arbeitszeit.

Ueber die Ratifizierung des Washingtoner Achtstundens-Abkommens wird im Anschluß an die oben erwähnte Ratifizierung durch den französischen Senat wieder einmal viel geredet und geschrieben. Von den Ländern, die an den Berner und Londoner Besprechungen teilgenommen haben, hat nur Belgien bedingungslos ratifiziert. Der französische Senat will die Ratifizierung von der vorherigen Ratifizierung durch Deutschland und England abhängig machen.

Mit der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens geht es wie mit der Abrüstung. Beide Fragen werden seit Jahr und Tag immer wieder erörtert. Dabei steht man weder bei der militärischen noch bei der sozialen Abrüstung im nennenswerten Fortschritt. Die Last der militärischen Abrüstungen drückt ebenso wie der Panzer überlanger Arbeitszeit die Völker nieder, die Regierungen aber drücken sich mit immer neuen Ausflüchten um die Abrüstung herum. Ein Staat verzichtet sich hinter dem anderen, und wagt man schon irgendwo einen Schritt vorwärts, ein Schritt zurück, wie bei der Eshernacher Springprozession!

Die maßgebenden deutschen Stellen erklären, der entscheidende Schritt liege nunmehr bei England. Deutschland sei zur Ratifizierung bereit, wenn das neue Arbeitsschutzgesetz verabschiedet worden sei. Das Arbeitsschutzgesetz ist bereits vorgelegt und werde beschleunigt durchberaten. Bei Frankreich, Belgien und Deutschland sei man über die Bereitschaft, zu ratifizieren, im Klaren, dagegen fehle ein bestimmtes Wort der englischen Regierung.

Bis das Arbeitsschutzgesetz in Deutschland unter Dach und Fach ist, wird noch geraume Zeit verstreichen und bei der sozialen Einstellung der englischen Regierung wird man auch von England auf einen mutigen Schritt vorwärts noch lange warten müssen. England kennt übrigens zur Genüge die deutsche Arbeitslosigkeit und den deutschen Heberstundenunflug, sowie die vielen Unzulänglichkeiten im Arbeitsschutzgesetz. Um Ausreden für sein Nichtstun in der Ratifizierungsfrage wird es also nicht verlegen sein. Und Deutschland? Wer wird von einer Bürgerbirokratie ein Schrei erwarten, in der Ratifizierungsfrage selbst Initiative zu zeigen?

Die Abrüstung in der Arbeitszeit wird erst dann einen bemerkenswerten Fortschritt zeigen, wenn der Abrüstungsgedanke überhaupt sich durchzusetzen beginnt. Militärische, wirtschaftliche und soziale Kriegsrüstungen hängen eng miteinander zusammen.

Sie sind alle Wirkungen eines und desselben Geistes der Feindseligkeit, des Zerwahn, daß Leben und Fortschritt nur existieren, wenn einer den anderen todttrampelt. Erst wenn die Arbeiter in den europäischen Regierungen eine festere Position sich errungen haben und daraus nicht mehr im Handumdrehen verdrängt werden können, wird Hand in Hand mit der allgemeinen Abrüstung auch die internationale Stabilisierung des Achtstundentages und nicht nur eine Ratifizierungskomödie mit tausend Hintertürchen und Hintergedanken.

Zur Aussperrung im Leipziger Metallgewerbe.

Leipzig, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Den Leipziger Metallindustriellen ist es bei der am Freitag durchgeführten Aussperrung der Leipziger Metallarbeiter nicht wohl zu Mute. Hier der Verbandsfirmen haben ihrer Belegschaft erklärt, nicht auszusperren. Ein anderer Teil verweigert, indem er von dem Passus in den Richtlinien der Industriellen über die Notstandsarbeiter Gebrauch macht, die Aussperrung zu umgehen. Die Firma Klein & Ungerer, die insgesamt 170 Arbeiter beschäftigt, bezeichnet allein 80 Arbeiter als Notstandsarbeiter. Bei der Firma Sad liegen die Dinge ähnlich. In den Gießereien sollen alle mechanischen Arbeiten als Notstandsarbeiten gelten. Was als Notstandsarbeiten wirklich in Frage kommt, bestimmen schließlich nicht die Industriellen, sondern die Arbeiter selbst.

Zu den „Leipziger Neuesten Nachrichten“, dem Unternehmerorgan, verweisen die Industriellen am Freitag abends, sich von der Schuld an dem Kampfe reinzuwaschen. Sie laufen gegen den Beschluß des Schlichtungsausschusses, durch Verhandlungen den Kampf zu beenden, Sturm; dabei haben sie selbst diesen Schlichtungsausschuss angerufen. Die Metallarbeiter — das muß immer wieder betont werden — haben den Industriellen Verhandlungen angeboten. Wenn die Industriellen erklären, daß die Metallarbeiter das Zugeständnis machen wollten, unter gegebenen Verhältnissen bis zu 51 Stunden wöchentlich zu arbeiten, so ist das ein alibier Schwindel; sie werfen einfach zwei verschiedene Vorschläge der Metallarbeiter zusammen.

Heute, Sonnabend, hat der Schlichter Brandt das Wort. Die Vertreter der Metallarbeiter werden nach Dresden fahren, obwohl sie von diesem Schlichter nach seiner Vergangenheit und seiner Tätigkeit bis in die letzten Tage keinen Schiedspruch erwarten, der den wirtschaftlichen Verhältnissen und der Arbeitslosigkeit Rechnung trägt. Die Verfürung der Arbeitszeit wird nur durch Kampf zu erreichen sein. Die Leipziger Metallarbeiter haben das erkannt.

Die genaue Zahl der ausgesperrten und streikenden Arbeiter liegt noch nicht vor; sie dürfte jedoch 20.000 nicht überschreiten.

Ergebnislose Verhandlungen im schlesischen Textilgewerbe.

Die Verhandlungen zur Beilegung des Lohnstreits in der schlesischen Textilindustrie, die dieser Tage im Reichsarbeitsministerium fortgesetzt haben, sind ergebnislos verlaufen. Die von den Arbeitgebern angebotene Aussperrung von etwa 34.000 Arbeitern und Arbeiterinnen in den Reichsbahner, Grunberger und Görlitzer Bezirken muß also Ende der nächsten Woche in Kraft treten, wenn sich die Arbeitgeber nicht vorher durch Verhandlungen vor dem schlesischen Schlichter oder dem Reichsarbeitsministerium eines Besseren belehren lassen. Bezeichnend ist, daß die Arbeitgeber bei den unerquicklichen Verhandlungen plöflich bereit waren, 6 Prozent Lohnserhöhung — die Arbeiter hatten 15 Prozent gefordert — zuzubilligen. Daß die Arbeitnehmer sich mit 6 Prozent nicht abfinden lassen können, liegt an der Hand, denn die Löhne der schlesischen Textilindustrie stehen schon lange erschreckend tief.

Hochwasserichug und Arbeitsbeschaffung.

Augenblicklich schweben zwischen dem Reich und Preußen Verhandlungen zur Einleitung einer neuen Aktion für Arbeitsbeschaffung, die in erster Linie der Hebung der landwirtschaftlichen Produktion dienen soll. Da sich herausgestellt hat, daß bei Kanalbauten doch nur verhältnismäßig wenig Arbeitslose Beschäftigung finden können, will man jetzt mehr als bisher Hochwasserichug und Meliorationen fördern.

Der Reichsarbeitsminister wird aus Reichsmitteln hierfür 25 Millionen zur Verfügung stellen unter der Bedingung, daß auch Preußen 25 Millionen aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge beisteuert. Danach können also jährlich 50 Millionen für die genannten Aufgaben in Frage.

Wiederholt ist in der Arbeiterpresse und zuletzt noch bei der Besprechung der Arbeitsbeschaffungs-Denkchrift im Reichswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstags von der Sozialdemokratischen Reichstagsaktion auf die Schuldfrage hingewiesen worden, die darin liegt, daß durch die Vernachlässigung des Hochwasserichuges alljährlich immer wieder neue Millionen verschwendet werden. Verwendet man die Millionen, die als Entschädigung für die Folgen des Hochwassers immer wieder bezahlt werden müssen, zum Ausbau des Hochwasserichuges, so dient man damit der Wirtschaft und der Arbeitsbeschaffung. Man schlägt zwei Klappen mit einer Klappe. Gewiß sind Hochwasserichugarbeiten in erster Linie in solchen Gegenden vorzunehmen, in denen die Arbeitslosigkeit nicht so groß ist als in manchen anderen Bezirken. So hat z. B. Schlesien gegenüber der Rheinprovinz verhältnismäßig niedrige Arbeitslosenziffern, während keine Möglichkeiten für Hochwasserichug- und Meliorationsarbeiten zehnmal so groß sind als in der Rheinprovinz. Aber schließlich ist die Arbeitslosigkeit auch in den Hochwasserichuggebieten noch immer groß genug, und wo es notwendig ist, können im Frühjahr ja auch Arbeitskräfte aus den von der Arbeitslosigkeit besonders heimgegriffenen benachteiligten Bezirken herangezogen werden. Der Wert der Drainagearbeiten, für die vor allem Brandenburg, Schlesien und Ostpreußen in Frage kommen sollen, wird schon durch die einfache Tatsache illustriert, daß im Durchschnitt pro Morgen eine Steigerung der Getreideproduktion um 2 bis 5 Zentner zu verzeichnen ist. Mit den geplanten Arbeiten, die in einzelnen vom Reichsarbeitsministerium und Preussischen Wohlfahrtsministerium ausgearbeitet werden, soll ab 1. April begonnen werden.

Neben der geplanten Aktion zum Ausbau des Hochwasserichuges hat Preußen zurzeit für die Rheinprovinz und Westfalen-Kassau größere Beträge für die Hochwasserichugarbeiten in bereitgestellt. So stehen für die Hochwasserichugarbeiten vor allem für das Heberichuggebiet der Kinzig und für das von der Arbeitslosigkeit besonders heimgegriffene Höchster Gebiet 300.000 Mark als erste Rate zur Verfügung. Es handelt sich hier um geschenktweise gegebene Beträge, zu welchen dann noch Mittel aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge hinzutreten; die Reibeträge werden im Wege des Kredits beschafft, wofür pro Jahr sechs Millionen in Frage kommen.

Die Arbeitslosenzahl des Reiches.

Die Zahl der arbeitslosen Hauptunterstützungsempfänger zeigt in der zweiten Januarhälfte im Gesamtergebnis einen Rückgang um rund 12.000 = 0,7 Prozent. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger ist von 1.555.000 auf 1.558.000 gestiegen, die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger dagegen von 283.000 auf 268.000 zurückgegangen. Die Gesamtzahl hat sich von 1.838.000 auf 1.826.000 verringert. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Familienangehörige) ist von 2.078.000 auf 2.089.000 gestiegen.

Der Bezirkstarifvertrag der Steinleger in Mitteldeutschland.

(Provinz Sachsen, südlicher Teil der Provinz Hannover, Kurhessen, Thüringen, Freistaat Anhalt, Braunschweig) ist nach schwierigen Verhandlungen auf das Jahr 1927 übertragen worden. Im Einverständnis der beiden Tariforganisationen wurden die Forderungen, die in dem gleichfalls neu abgeschlossenen Reichstarifvertrag vorgesehen waren, mit aufgenommen. Die Unternehmer wollten die Stundenlöhne bis zu 20 Prozent verringern. Sie mußten sich jedoch zu einigen Lohnzusatzleistungen bequemen. So beträgt der Stundenlohn für Steinleger in Mitteldeutschland 1,35 Mark (bisher 1,30 Mark), für Hammer 1,20 Mark (1,17 Mark), eingearbeitete Hilfsarbeiter 0,98 Mark (0,98 Mark); für den Handwerkerkammerbezirk Gera stellen sich die entsprechenden Stundenlöhne auf 1,38 (1,35), 1,23 (1,22), 1,01 (1,01); für Stadt Braunschweig und Wolfenbüttel 1,30 (1,25), 1,15 (1,13), 0,93 (0,93); für Land Braunschweig 1,28 (1,20), 1,13 (1,08), 0,88 (0,88).

Die etwa kommenden Mezzinserhöhungen sollen durch weitere Verhandlungen abgegolten werden.

Wirtschaft.

Weltwarenmärkte.

Weichende Metallpreise.

Das bedeutendste Ereignis der letzten Wochen war wohl der neue, auf eine leichte Erholung folgende Fall der Metallpreise. Besonders Kupfer, von dem ein amerikanisches Sprichwort sagt, es sei entweder König oder Bettelmann, ist immer weiter gesunken und zeigt zurzeit einen Tiefstand, wie etwa in den schlimmsten Zeiten der Nachkriegskrisis. Allerdings, ganz klar ist die Marktlage nicht, denn man weiß nicht, ob das Kartell, das den amerikanischen Markt bekanntlich sich selbst überlassen muß, nicht daran arbeitet, durch besonders starke Produktionsserhöhungen (die eben nur bei Abwärtsentwicklung durch billige Preise möglich wären) sein Ziel größerer Verdienste der Mitglieder zu erreichen. Es ist ja auch bekannt, daß gerade in diesen Geschäftszweigen eine Steigerung der Erzeugung fast immer eine Senkung der Selbstkosten bedeutet. Wenn auch manche altberühmten amerikanischen Gruben, so zum Beispiel jene, die das sogenannte Sventkupfer erzeugen, bei den heutigen Preisen bestimmt mit Verlust arbeiten, so möchte man doch annehmen, daß die großen Fundstätten des Westens selbst bei diesen noch durchaus angemessenen Verdienste machen, wenn sie in vollem Betriebe gehalten werden können. Ueberdies ist das Kupfer auch in den als Hauptgebiet angesehenen Verbundzweigen, vor allem der Elektrizitätsindustrie, nicht mehr ganz der Selbstherrlicher von ehemals, und der Preis des Aluminiums, eines der wichtigsten Wettbewerber, ist während der letzten Wochen in Amerika auch offiziell heruntergefallen worden. — Auch die meisten übrigen Metalle lagen schwächlich, nur Zinn konnte sich einigermaßen behaupten, weil die Weltbestände wieder kleiner geworden sind.

Dagegen zeigten die jetzt zu Ende gegangenen Londoner Wollverkäufungen eine bemerkenswert feste Haltung. Schon zu Beginn lagen die Gebote fast durchweg einige Prozent über den Dezemberpreisen und bis zum Schluß sind noch kleinere weitere Steigerungen dazugekommen. Dabei haben sich bisher die Preise von Wollgarnen und Kammezeugen der festen Haltung der Rohstoffmärkte nur in sehr bescheidenem Maße anpassen vermocht, wie überhaupt die Verarbeiter die letzten Preissteigerungen mit gewissen Bedenken gesehen haben; denn sie befürchten von teurer Wolle, daß der Wettbewerb der anderen Spinnfasern, insbesondere der immer beliebter werdenden Kunstseide, überhandnehmen könnte. Auch Baumwolle hat sich etwas weiter befestigt, was nach dem bisherigen Preisfall der letzten Monate des vorigen Jahres nicht erstaunlich ist. Die Schätzungen der amerikanischen Ernte durch das Ackerbauamt sind wohl doch eine Kleinigkeit zu hoch gewesen. Außerdem haben die billigen Preise die Kaufkraft in den meisten weiterverarbeitenden Bezirken deutlich angeregt. Die Preissteigerung ist

natürlich trotzdem ziemlich bescheiden, so daß in Amerika die Agitation für eine Einschränkung der Anbaufläche weiter fortdauert. Ob es zu einer solchen kommt, wird sich wohl erst in zwei oder drei Monaten übersehen lassen; viel Wahrscheinlichkeit hat angesichts der Preise der anderen Feldfrüchte ein großer Rückgang der Baumwollfläche eigentlich nicht.

Die Getreidemärkte lagen zunächst noch ziemlich lebhafte und besonders argentinische Weizen wurde von den europäischen Ländern, auch von Deutschland, in großen Mengen gekauft. Dann trat eine Beruhigung ein, weil auf der einen Seite die schwimmenden Mengen weiter zunahmen, auf der anderen aber an den amerikanischen Börsen erneut versucht wurde, die Preise zu treiben. — Besonders fest lag zunächst Roggen; aber hier brachte die erste Februarwoche einen kleinen Rückschlag, der mit dem sozialdemokratischen Antrag auf Suspension des Roggenalles zusammenhängt. Ziemlich viel gekauft wurde auch Mais, der im Vergleich zu den anderen Futtermitteln sehr billig ist.

Ganz eigenartig gestaltet haben sich die Verhältnisse am Kaffeemarkt. Hier nimmt der Kampf zwischen dem sogenannten Kaffee-Verteidigungsinstitut und dem freien Kaffeehandel immer merkwürdigere Formen an. Das Institut begrenzt zum Beispiel, die Kaffeefuhr nach Santos; die Firmen kaufen im Inlande und verlassen sich darauf, daß sie den Kaffee schon an die Küste bringen würden. Darauf speert ihnen das Institut die Benutzung der Bahnen und anderes mehr. Inzwischen baut es fieberhaft neue Lagerhäuser, um von der großen zu erwartenden Ernte weitere Mengen aufnehmen zu können. Aber der Verbrauch läßt sich zunächst nicht ins Bodshorn jagen und hält weiter zurück. Zucker liegt weiter recht unsicher, weil man über das Verhalten Rubas nicht klar sieht.

Schultheiß-Wagenhofer erhöht die Dividende. Die ordentlichen Generalversammlungen der Schultheiß-Wagenhofer-Brauerei-A.G.-Ostwerke beschloß die Erhöhung der Dividende 1926 für den Schultheiß-Wagenhofer-Konzern von 10 auf 15 und für die Dividende von 10 auf 12 Prozent.

Der Barmer Bankverein erhöht sein Kapital von 20,8 Millionen auf 35,8 Millionen. Die sehr beträchtliche Erhöhung wird mit dem nun schon zur Gewohnheit gewordenen Hinweis begründet, daß die Kapitaldecke nicht mehr in befriedigendem Verhältnis zu dem Geschäftsumfang steht. Von dem neuen Kapital übernimmt ein Konsortium, das unter der Führung der Berliner Bank Fardn & Co. steht, 10,4 Millionen Mark.

Ankauf schwedischer Erzgruben durch deutsche Schwerindustrie. Eine deutsche Schwerindustrie-Gruppe hat die schwedischen Erzgruben von Blöberg aufgekauft. Die Blöberggruben besitzen eine Leistungsfähigkeit von 150.000 bis 200.000 Tonnen pro Jahr und haben bisher schon die rheinisch-westfälische Schwerindustrie beliefert. Die aufkaufende deutsche Gruppe besteht aus dem Krupp- und Handwerkskonzern und dem Stahlwerk Hoelch.

Samilien-Anzeigen

Zentralverband der Zimmerer.

Am 11. Februar verschied nach längerer Krankheit unser langjähriges Mitglied, der **Zimmerer Hermann Friedrich** im Alter von 57 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitglieder der Zahlstelle Breslau. Die Einäscherung erfolgt Dienstag, den 15. Februar, nachmittags 3 Uhr, in Gräbschen. 5124

Am 11. Februar verschied unser langjähriges höheres Vorstandsmitglied und früherer Distriktsführer, der **Zimmerer Hermann Friedrich** im Alter von 57 Jahren. 5125

Ehre seinem Andenken! Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Ortsgr. Breslau) Die Trauerfeier findet am Dienstag, den 15. Februar, nachm. 3 Uhr, im Krematorium zu Gräbschen statt. Trauerhaus: Leuthenstraße 41. Distrikt 12

Am 11. Februar verschied nach kurzem Krankheitslager unser langjähriger Parteigenosse und Mitarbeiter, der **Schiffzimmerer Hermann Friedrich** im Alter von 57 Jahren. 5126

Es werden sein Andenken in Ehren halten die Genossinnen und Genossen des Dist. 14 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Die Einäscherung findet Dienstag, den 15. Februar, nachm. 3 Uhr, im Krematorium zu Gräbschen statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet die Distriktsleitung.

Zentralverband der Schuhmacher Am 9. Februar starb nach kurzer Krankheit unser Kollege **August Pasler** im Alter von 64 Jahren. 5127

Das Andenken des Verstorbenen, der in schwieriger Zeit als aufrichter Kollege seine Pflicht erfüllte, werden wir stets in Ehren halten. Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau. Beerdigung: Montag, nachm. 3 Uhr, in Cosel, St. Barbara.

Am 9. Februar starb nach kurzer Krankheit unser wertiges Mitglied **Herr August Pasler** im Alter von 64 Jahren. 5128

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitglieder der Freiwilligen Sterbekasse der Schuhfabrik R. Dorndorf. Beerdigung Montag den 14. Februar um 3 Uhr von der Leichenhalle St. Barbara in Cosel.

Am 10. Februar verschied nach langem, schwerem Leiden mein innig geliebter Mann, mein lieber Papa, unser lieber Sohn und Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel **Berthold Selig** im Alter von fast 39 Jahren. 5129

Im tiefsten Schmerz. Die trauernde Gattin **Hedwig Selig, geb. Mehn** nebst Töchtern Ursula und Anverwandten. Beerdigung: Montag, den 14. Februar, nachm. 2 1/2 Uhr, vom Kloster der Barmherzigen Brüder, nach dem Bernhardin-Friedhof, Düringoy. Trauerhaus: Am Weidendam 35. 121

Am 11. Februar 1927 verstarb unser Kollege, der Schlosser **Theophil Kahl** im Alter von 25 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Beteiligten der Freiwilligen Beerdigungsbefähigung des Fahr- und technischen Personals der Städtischen Straßenbahn. 6330

Beerdigung: Montag, den 14. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle II in Oswitz

Sonntag, den 13. Februar, nachm. 5 1/2 Uhr:

Vortrag im Saale der **Monistischen Gemeinde** Grünstraße 14/16 Redner: Dr. Georg Kramer Thema: „Zum Andenken Spinozas“

Verzogen nach Zwingerplatz 2, II.

Dr. Keemann Frauenarzt 2270 Wochentags 11 1/2 bis 12 1/2, 3 1/2 bis 5 Uhr

Anzeige erzielen in unserer Zeitung den größten Erfolg!

Nach kurzen, aber schweren Leidenstagen verschied am 11. Februar mein lieber, guter Mann, unser treusorgender Vater

Hermann Friedrich

im Alter von 57 Jahren. Im tiefsten Schmerz Breslau, den 11. Februar 1927.

Die trauernde Gattin nebst Töchtern und Anverwandten.

Einäscherung: Dienstag, den 15. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium, Gräbschen.

Verzogen nach **Kaiser-Wilhelm-Str. 47** Besitzt Sprechstunden wie bisher für Privat- und Massenpraxis

Dr. med. Hilde Lichtschlag Fachärztin für Frauenkrankheiten u. Geburtshilfe Wochentags 12-1, 4-6 **Dr. med. Walter Lichtschlag** Facharzt für Chirurgie Wochentags 10-12, 3-4 Telefon jetzt Stephan 37 293

Breslauer Frühjahrsmesse 13.-15. März 1927

Sondergruppe „Der neue Haushalt“ für hauswirtschaftliche Neuerungen aller Art (Hierfür ermäßigte Mietpreise) Bedingungen u. Anmeldeformulare durch das Messeamt, Breslau I

Anmeldeschluß 15. Februar. 6510

Nur 3 Tage verkaufen wir zu spottbilligen Preisen

Blau Kammgarn-Twill 145 cm breit 7.50	Fä. Konfirmanden Kammgarn-Cheviot 145 cm breit 3.95
Drapé für Tanzanzüge rein Kammgarn, 145 cm breit 9.00	Kostüme Stoffe 145 cm breit 1.75
Gnardin das Neueste für Frühjahrsmoden 145 cm breit, 7.50	Manschester prima Qualität 1.75

Ein großer Ancherer und Dürrener Kammgarne durchweg 11.75 Meter

Besichtigen Sie unsere 2 großen Schaukasten-Auslagen

Tuchhaus M. Fass, G. m. b. H., Breslau Schmiedebühlstraße 48, neben Dorndorf 6531

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Bücherfreunde sollten sich stets der täglichen Neueingänge billiger Bücher in der **Volkswacht-Buchhandlung, Breslau III** Neue Graupenstraße 5, erinnern.

Verordnung. Auf Grund der mir durch die Verordnung des Herrn Reichsministers der Finanzen über die Abgabe der Steuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer vom 20. Januar 1927 (Reichsministerialblatt 1927, Seite 23 / Reichsteuerblatt 1927, Seite 53) erteilten Ermächtigung, bestimme ich als Frist für die allgemeine Abgabe der Steuererklärungen zur Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer für die Frühjahrsveranlagung 1927:

- für den Stadtkreis Breslau (Bezirk der Finanzämter Breslau-Nord, Breslau-Mitte, Breslau-Süd) die Zeit vom 15. Februar bis 28. Februar 1927,
- für den übrigen Bezirk meines Landesfinanzamts die Zeit vom 1. März bis 15. März 1927.

Breslau, den 3. Februar 1927. 12209

Der Präsident des Landesfinanzamts.

Öffentliche Aufforderung

zur Abgabe der Steuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer für 1926 und 1925/26.

Die Steuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer für die Finanzämter Breslau Nord, Mitte, Süd in der Zeit vom 15. Februar 1927 bis 28. Februar 1927, für das Finanzamt Breslau-Land in der Zeit vom 1. März 1927 bis 15. März 1927 sind unter Benutzung der vorgeschriebenen Vordrucke wie folgt abzugeben:

A. Einkommensteuer und Körperschaftsteuer.

I. Zur Abgabe einer Steuererklärung für die Einkommensteuer sind verpflichtet:

- Steuerpflichtige, deren Einkommen im Kalenderjahre 1926 den Betrag von 5000,— RM. übersteigen hat; Steuerpflichtige, die lediglich steuerabzugsfähige Einkünfte (Arbeitslohn oder Kapitalerträge) von nicht mehr als 200,— RM. bezogen haben, brauchen eine Erklärung nicht abzugeben;
- Ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens Steuerpflichtige, bei denen der Gewinn auf Grundlage des Abchlusses ihrer Bücher zu ermitteln ist.

II. Zur Abgabe einer Steuererklärung für die Körperschaftsteuer sind verpflichtet:

- Steuerpflichtige Erwerbsgesellschaften;
- alle übrigen Steuerpflichtigen Körperschaften und Vermögensmassen des bürgerlichen Rechts;
- Steuerpflichtige Betriebe und Verwaltungen von Körperschaften des öffentlichen Rechts und öffentliche Betriebe und Verwaltungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, soweit ihre Steuerpflicht schon nach den Vorschriften des bisherigen Körperschaftsteuergesetzes begründet war (zum Beispiel öffentliche Sparkassen, die sich nicht auf die Pflege des eigentlichen Sparkassenverkehrs beschränken).

III. Ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens haben abzugeben eine Einkommenserklärung bei Beteiligung mehrerer an den Einkünften aus:

- Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gartenbau und sonstiger nicht gewerblicher Vollerwerbstätigkeit;
- einen Gewerbetrieb, zum Beispiel einer offenen Handelsgesellschaft oder Kommanditgesellschaft;
- sonstiger selbständiger Berufstätigkeit;
- Vermietung und Verpachtung von unbeweglichem Vermögen, die zur Geschäftsführung oder Vertretung befugten Personen.

IV. Die Erklärungen für die Einkommensteuer und Körperschaftsteuer sind:

- a) von den Pflichtigen, für die das Kalenderjahr maßgebend ist, für das Kalenderjahr 1926,
 - b) von buchführenden Pflichtigen, die regelmäßig Abchlüsse machen und ihr Wirtschaftsjahr in der zweiten Hälfte des Kalenderjahres (1. Juli 1926 bis einschließlich 31. Dezember 1926) abgeschlossen haben, für das Wirtschaftsjahr 1925/26 oder 1926 abzugeben.
2. Pflichtige (insbesondere Landwirte), deren Steuerabschnitt in der ersten Hälfte des Kalenderjahres 1926 beendet hat und die deshalb schon veranlagt worden sind, haben eine Steuererklärung nicht abzugeben.
3. Die Erklärung für die Einkommensteuer und Körperschaftsteuer ist bei dem Finanzamt abzugeben, in dessen Bezirk die zu 1) bezeichneten Steuerpflichtigen ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt, die zu II) und III) bezeichneten Pflichtigen den Ort der Leitung haben. Ist im Zustande weder ein Wohnsitz, noch ein gewöhnlicher Aufenthalt, noch ein Ort der Leitung vorhanden, so ist die Steuererklärung beim Finanzamt abzugeben in dessen Bezirk das Unternehmen betrieben oder ständig vertreten, oder die Tätigkeit vorwiegend ausgeübt wird oder Vermögensgegenstände sich befinden.

B. Umsatzsteuer.

Zur Abgabe einer Steuererklärung für die Umsatzsteuer sind alle Umsatzsteuerpflichtigen verpflichtet mit Ausnahme:

- derjenigen nichtbuchführenden Umsatzsteuerpflichtigen, deren Gesamtumsatz einschließlich der etwa steuerfreien Umsätze im Kalenderjahre 1926 den Betrag von 10 000,— RM. nicht übersteigen hat,
- der Straßenhändler, Wandergewerbetreibenden und anderen Umsatzsteuerpflichtigen, die nach § 57 U. St. G. D. B. zu Anzahlungen und zur Führung des Steuerheftes verpflichtet sind.

II. Die Erklärungen für die Umsatzsteuer sind:

- a) von den Pflichtigen, für die das Kalenderjahr maßgebend ist, für das Kalenderjahr 1926,
 - b) von buchführenden Pflichtigen, die regelmäßig Abchlüsse machen und ihr Wirtschaftsjahr in der zweiten Hälfte des Kalenderjahres (1. Juli 1926 bis einschließlich 31. Dezember 1926) abgeschlossen haben, für das Wirtschaftsjahr 1925/26 oder 1926 abzugeben.
2. Pflichtige (insbesondere Landwirte), deren Steuerabschnitt in der ersten Hälfte des Kalenderjahres 1926 beendet hat und die deshalb schon veranlagt worden sind, haben eine Steuererklärung nicht abzugeben.
3. Die Erklärung für die Umsatzsteuer ist bei dem Finanzamt abzugeben, in dessen Bezirk die Umsatzsteuerpflichtigen:
- soweit sie wegen einer gewerblichen Tätigkeit, einschließlich der Urzeugung, steuerpflichtig sind, das Unternehmen betreiben; bei mehreren Niederlassungen oder Geschäftsstellen eines rechtlich in einer Hand befindlichen Unternehmens ist der Ort der Leitung des Unternehmens maßgebend.
 - ist jedoch durch besondere Anordnung — insbesondere durch die Mitteilung einer neuen Steuer-Nummer das Finanzamt des Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthalts als zuständig erklärt worden, so ist die Steuererklärung bei diesem abzugeben;
 - soweit sie wegen einer beruflichen Tätigkeit steuerpflichtig sind, ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben.
- Ist weder ein Betriebsort noch ein Ort der Leitung, weder ein Wohnsitz noch ein gewöhnlicher Aufenthalt gegeben, so ist die Steuererklärung bei dem Finanzamt abzugeben, in dessen Bezirk das Unternehmen ständig vertreten oder die Tätigkeit vorwiegend ausgeübt wird oder das Unternehmen seinen Sitz hat.

C. Gemeinames.

I. Die zur Abgabe einer Steuererklärung Verpflichteten haben die Steuererklärung auch dann abzugeben, wenn ihnen ein Vordruck nicht zugesandt wird; die übrigen Steuerpflichtigen haben eine Steuererklärung abzugeben, wenn sie hierzu vom Finanzamte besonders aufgefordert werden.

Vordrucke werden bei den Auskunftsstellen der Finanzämter an die in Betracht kommenden Steuerpflichtigen auf Verlangen verabfolgt.

II. Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, kann mit Geldstrafen zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. der festgesetzten Steuer auferlegt werden.

III. Die Hinterziehung oder der Versuch einer Hinterziehung der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer sowie fahrlässige Vergehen gegen die Steuergesetze (Steuervergütung) werden bestraft.

Breslau, den 10. Februar 1927. 12210

Die Finanzämter Breslau-Mitte, -Süd-, -Nord und -Land.

Druckerei Volkswacht Moderne, zweckmäßige und leibere Ausführung aller Drucksachen preiswert und bei kürzester Wartezeit **Breslau 2, Flurstraße 4/6.**

Buchhandlung Volkswacht Modernes Programm **Breslau 2, Flurstraße 4/6.**

Aus Schlesien.

Untererschlagung von 14000 Mt. bei der Brieger Stadtbank.

Bei einer Revision der Brieger Stadtbank wurde festgestellt, daß der Kassier S., ein junger Mann, der über seine Vermögenshältnisse keine Angaben in Höhe von annähernd 14000 Mt. begangen hat, die er sehr geschickt zu verbergen wußte.

Urteil im Brieger Schieberprozeß.

Am 3. Februar begann vor dem Schöffengericht Brieg die Verhandlung gegen mehrere Angeklagte des Brieger Zuchthaus sowie einen Teil der Beamten dieser Anstalt wegen Betruges, Diebstahls, Urkundenfälschung und Erpressung. Mehrere Beamte bedienten sich des Zuchthaus-Papier, der sich in ihre Hände eingeschlichen hatte, um Waren in der Verbandsleitung des Zuchthaus zu beschaffen. Diese Betrügereien reichen bis in das Jahr 1924 zurück. Dem Bane wurde auch von Beamten Kiosk-Verwaltung geliehen, damit es ihm möglich war, in der Stadt Bekleidung für die vertriebenen Waren einzukaufen. Angeklagt waren der Strafanstaltsinspektor Kiege, zwei Oberwachmeister, verschiedene Nachtwächter- und Hilfswachmeister sowie der Strafling Bane. Es wurden 107 Jungen vernommen. Das am Donnerstag gefällte Urteil lautet folgendermaßen: Bane vier Jahre Zuchthaus und sechs Jahre Ehrverlust, Strafanstaltsinspektor Kiege und vier Angeklagte wurden freigesprochen; die übrigen zehn Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von 1 bis 22 Monaten, zwei je einhalb Jahre Zuchthaus.

Änderungen der Zuständigkeit bei Zulassung von Kraftfahrzeugen und ihrer Führer.

Die Ausstellung der Zulassungsbescheinigungen und Führerscheine für Kraftfahrzeuge hat schon seit längerer Zeit zu lebhaften Klagen Veranlassung gegeben.

Um das Verfahren zu beschleunigen, ist durch Erlass der Herren Minister für Handel und Gewerbe und des Innern vom 26. November 1926 angedeutet worden, daß die Zulassung der Kraftfahrzeuge und die Erteilung bzw. die Entziehung der Fahrerlaubnis den Landräten übertragen wird. Die neuen Bestimmungen treten vom 1. März 1927 ab in Kraft. Von dem genannten Tage sind die Anträge auf Zulassung von Kraftfahrzeugen an den zuständigen Landrat zu richten. Dieser stellt die Zulassungsbescheinigung aus und teilt die Erkennungsnummer zu. Der Antrag geht dann dem zuständigen Finanzamt zu. Das Finanzamt wird nach Ausfertigung der Steuerkarte den Zulassungsantrag mit Zulassungsbescheinigung und der Steuerkarte dem Landrat zurücksenden und gleichzeitig an den Antragsteller eine Zahlungsaufforderung richten. Der Landrat fordert sodann den Antragsteller auf, das Fahrzeug vorzuführen und dabei die Nachweisung von der Zahlung der Kraftfahrzeugsteuer zu erbringen. Ist dieser Nachweis erbracht, so veranlaßt der Landrat die Abtempelung des Kennzeichens und läßt die Zulassungsbescheinigung und die Steuerkarte aushändigen. Da sich die Finanzämter fast durchweg am Dienort der Landräte befinden, ist anzunehmen, daß bei dieser Geschäftsbehandlung die Erledigung der Zulassungsanträge sich in den meisten Fällen binnen kürzester Zeit wird ermöglichen lassen.

Sichtlich der Erteilung und Entziehung der Führerscheine regelt sich das Verfahren entsprechend den Vorschriften der §§ 14 und 29 der Verordnung und der Anweisung über die Prüfung der Führer von Kraftfahrzeugen. Auch hier erteilen vom 1. März 1927 ab die Landräte die Führerscheine bzw. sind sie für Entziehung der Führerscheine zuständig. Nach Ausfertigung des Führerscheines erfolgt die Aufforderung am persönlichen Erscheinen wegen des Führerscheines. Das persönliche Erscheinen zum Abholen des Führerscheines ist notwendig, weil der Antragsteller den Schein vor der Aushändigung eigenhändig unterschreiben muß.

Die Herren Regierungspräsidenten bleiben auch nach dem 1. März 1927 unter anderem für die Erteilung von Lizenzbescheinigungen, von Probefahrerlizenzen, von Genehmigungen zu Zulassungsfahrten, von Fahrerbescheinigungen, von Genehmigungen für Ausbildungsunternehmungen, für die Anerkennung der Prüfungsstellen, für die Erteilung der internationalen Fahrerbescheinigung ausschließlich zuständig.

Zur Erleichterung der Antragstellung werden Formblätter zu den Anträgen auf Zulassung eines Kraftfahrzeuges bzw. auf Erteilung eines Führerscheines amtlich hergestellt. Diese Formblätter werden nebst einem zugehörigen Merkblatt auf Wunsch jedermann gegen Zahlung von 10 Pf. abgegeben. Ist ein Antrag unvollständig, fehlt zum Beispiel einer der vorgeschriebenen Anlagen oder Angaben, so wird unter Beifügung eines Merkblattes auf dem die fehlenden Anlagen oder Angaben mit Buntstift aufgeführt, angeheftet und zurück geschickt — alle ohne einen weiteren schriftlichen Bescheid — an den Antragsteller zurückgeleitet.

- An Gebühren sind wie bisher zu zahlen: 1. für die Erteilung einer Zulassungsbescheinigung für Kraftwagen, Prüfung des Fahrzeuges hinsichtlich der Beachtung der Vorschriften der §§ 8, 10 und 11, sowie die Abtempelung des Kennzeichens bei Kraftwagen (Nr. 4 und 9) 5 und 2 gleich 7 Mark; bei Krafttraktoren 3 und 1 gleich 4 Mark; 2. Prüfung des Antrages auf Erteilung eines Führerscheines und für den Führerschein (Nr. 10 und 11) für Kraftwagen 2 und 5 gleich 7 Mark; für Krafttraktoren 1 und 3 gleich 4 Mark. Die Ortsbehörden des Kreises werden ersucht, die vorstehenden Änderungen der Zuständigkeit bei Zulassung von Kraftfahrzeugen und ihrer Führer sofort bekannt zu geben.

Verteilung von Gleiwitz, Hindenburg, Beuthen usw. in die Ortsklasse A?

Bei der Ortsklasseneinteilung sind die großen Städte des Industriegebietes zu kurz gekommen. Die nach den Feuerungsverhältnissen in diesen Städten berechnete Eingliederung in die Ortsklasse A ist seinerzeit leider nicht vorgenommen worden. Jetzt nach Erledigung der Eingemeindungsverträge und nach Einreichung der ober-schlesischen Industrieberichte in die Reihe der Großstädte dürften die berechtigten Wünsche der Beamten ihrer Erteilung näher kommen. Wie die „Ober-schlesische Volkstimme“ hört, wird ein Antrag vorbereitet, auf Eingliederung der Industrieorte Gleiwitz, Hindenburg, Beuthen usw. in die Ortsklasse A.

Brandstiftungen im Kreise Groß-Strehlitz.

Im Kreise Groß-Strehlitz haben die Brände in letzter Zeit einen besorgniserregenden Umfang angenommen; es sind

dadurch größere Werte vernichtet und große Schäden angerichtet worden. Es liegt in den meisten Fällen offenbar Brandstiftung vor. Der Regierungspräsident hat im Amtsblatt eine Belohnung von 500 Reichsmark für die Ermittlung der Täter ausgesetzt. Zweckdienliche Mitteilungen sind unmittelbar an den Landrat in Groß-Strehlitz zu machen.

Ein Hungerkünstler als Mörder.

Ein Mordprozeß, der wegen der eigenartigen Persönlichkeit des Mörders besonderem Interesse begegnet wird, steht in den nächsten Tagen vor dem Schwurgericht in Hirschberg an. Dem Prozeß liegt folgende Vorgeschichte zugrunde: Am 15. Mai 1926 fanden Arbeiter auf dem sogenannten Herdberg in der Nähe von Apertendorf die Leiche des Landwirts und Fahrradhändlers Willi Heymann aus Langneudorf im Kreise Löwenberg. Die polizeiliche Ermittlung ergab Raubmord. Der Verdacht fiel auf ein Ehepaar Töpfer, das nach vorübergehendem Aufenthalt in einer Hermsdorfer Villa nach dieser Tat fortgezogen war. Das anhängig gemachte Strafverfahren mußte indessen bald wieder aus Mangel an genügenden Beweisen eingestellt werden.

Ende des vorigen Jahres fuhr der Leiter der Berliner Morbidinspektion, Kriminalrat Gennath, mit einigen anderen Beamten nach dem Riesengebirge, um in dieser Angelegenheit die Ermittlungen neu aufzunehmen. In Berlin leitete gleichzeitig Kriminalkommissar Johannes Müller Untersuchungen in der gleichen Richtung. Nun ergab sich die volle Schuld des Ehepaars Töpfer, das dann bald unter der Last des erdrückenden Beweismaterials ein umfassendes Geständnis ablegte. Nach vollendetem Kriegsdienst kaufte Töpfer im Jahre 1920 in Berlin ein Zigarrengeschäft, das er jedoch bald wieder aufgab, um sich mit Grundstücksvermittlungen zu beschäftigen. Damals meldete sich bei ihm auch der Landwirt Heymann, den Töpfer in Schönow o. d. R. gelegentlich einer Verleumdung kennen gelernt hatte. Töpfer bot Heymann ein Grundstück bei Hermsdorf gegen sofortige Anzahlung an. Heymann wollte dies Grundstück begehren, übernahmerte daher bei Töpfer und wurde dann einige Tage später vor im Walde liegend aufgefunden.

Es war Töpfer bekannt gewesen, daß der von ihm Ermordete 300 000 Papiermark im Rußland bei sich führte. Angeblich will er mit dem Ermordeten in Streit geraten sein. Seine Frau hat jedoch bereits gestanden, daß er von Anfang an nach dem Heymannschen Geld getrachtet hat.

Töpfer lenkte im vorigen Jahr die Aufmerksamkeit der Deffentlichkeit als Hungerkünstler auf seine Person. In Frankfurt a. d. O. lag er unter dem schönen Namen „Hermandos“ 48 Tage hindurch als Hungerkünstler in verriegelten Glaskästen.

Oberschlesischer Polizeitag in Gleiwitz.

Am die Teilnahme an dem am 3. und 4. März in Gleiwitz stattfindenden „Oberschlesischen Polizeitag“ auch weiteren Kreisen solcher Beamten zu ermöglichen, die ihren ständigen Dienstort außerhalb der Provinz Oberschlesien haben, wird die Veranstalterin der Tagung, die Freie Vereinigung für Polizei- und Kriminalwissenschaften (St. Berlin W. 35, Flottwellstraße 3) diesen Beamten, die ihre Teilnahme bis zum 15. Februar angemeldet haben, so weit die zu diesem Zweck verfügbaren Mittel ausreichen, eine Reisebeihilfe in Höhe des Preises einer einmaligen Fahrt (Hinzufahrt) in der vierten Wagenklasse vom Dienstort nach Gleiwitz gewähren. Die Auszahlung erfolgt in Gleiwitz gegen Vorlegung der Teilnehmerkarte und eines amtlichen Ausweises über den derzeitigen ständigen Dienstort.

Korjanty wird vom Staatsanwalt gewünscht!

In der Donnerstagssitzung des schlesischen Sejm wurde dem verstorbenen Senator Szosponik seitens des Marschall Wolny ein ehrender Nachruf zuerkannt, der von den Abgeordneten einstimmig angenommen wurde. Auch der Woiwode Juranski gedachte in ehrenden Worten des Verstorbenen. Auf dem Plage des Verlebten wurde ein Kranz niedergelegt.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde ein Antrag der Staatsanwaltschaft, auf Auslieferung der Sejmabgeordneten Korjanty (!), Zubos, Mathai, sowie des deutschen Abgeordneten Kaczmarek abgelehnt.

Ferner wurde ein Zusatzantrag zur Gemeindeordnung eingebracht, nach welchem der Woiwode berechtigt ist, die Gemeinde- bzw. Stadtverordnetenverwaltungen aufzulösen, falls sie sich als arbeitsunfähig erweisen. Dieser Antrag richtet sich lediglich gegen die deutschen Minderheiten in den betreffenden Kommunalverbänden. Der Antrag wurde angenommen und zur Prüfung der Rechtskommission überwiesen. Seine Annahme im Pleäum ist gesichert.

Striegau. Freitod eines Lehrlings. Der 16jährige Kleiderlehrling Weiz aus Taubitz, der bei dem Obermeister Köhricht als Lehrling beschäftigt war, erhängte sich dieser Tage. Was den jungen Mann zu diesem Schritt bewegt hat, ist unbekannt.

Grünberg. Der Landbund fürchtet seinen eigenen Namen. Die Verwaltung der Kornhaus-A.-G. des Kreislandbundes Grünberg hat, wie dem Boten aus dem Kreisgebiet gemeldet wird, die Herabsetzung des Aktienkapitals von 305 000 auf 220 000 Mark, also auf fast ein Sechstel, beschlossen, um die in der Vergangenheit eingetretenen Verluste zu beschließen. Natürlich geht die Kapitalherabsetzung in der Hauptmasse zu Lasten der Bauern. Für die Deffentlichkeit aber außerordentlich interessant sind für die Bauernschaft ein warnendes Zeichen von seltener Eingipfligkeit ist der Beschluß, daß in der Zukunft in der Firma der Zusatz „des Kreislandbundes Grünberg“ getilgt werden soll. Der Landbund ist also glücklich so weit, daß mit ihm verbundene Gesellschaften für ihren Kredit fürchten, weil sie keinen Namen tragen, und daß die Firma des Landbundes deshalb aus der Deffentlichkeit getilgt wird.

Hindenburg. Kreis Waldenburg Einwirkungen des Bergbaues. In den Räumen der hiesigen Haushaltungsschule im Schulhaus I der evangelischen Volksschule zeigte sich schon längere Zeit starke Grubenabfälle. Um das Leben der Schüler nicht zu gefährden, wurde beschlossen, die Haushaltungsschule bis auf weiteres zu schließen. Da nicht nur die Räume der Haushaltungsschule, sondern das gesamte Knabenheim stark grubengefährdet ist, dürfte die Regierung in Breslau die nachgefragte Genehmigung zum Neubau eines Schulhauses nicht verweigern.

Hindenburg. Mit einem Fuhrwerk zusammengefahren ist dieser Tage bei der Einfahrt zum Erbkoller das Personenauto eines hiesigen Gastwirts. Die Deckscheibe des Autos in Trümmer, so daß der Schaden auf etwa 2000 Mark geschätzt wird. Reizenden sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen.

Hindenburg. Der tägliche Grubenabfall. Auf der 170 Meter Sohle des hiesigen Bahnhofs wurde verunglückt der Bauer S. dadurch, daß ihm beim Leeren des Schotterumpfes durch ein umfallendes Eisenbündel der linke Fuß zerquetscht wurde. Der Verunglückte wurde zur Beseitigung einer Operation in das Knappheitslazarett geschafft.

Hindenburg. Die Gemeindevorstellung. Gestern einmündig die Eingemeindung nach Waldenburg. In der letzten Sitzung der Gemeindevorstellung wurde nach einer eingehenden Begründung des Gemeindevor-

stehers sowohl von der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft als auch von den Vertretern der Sozialdemokratischen Partei einstimmig der Beschluß gefaßt, daß die Zusammenlegung von Neu-Taubitz und Waldenburg freiwillig am 1. April 1928 erfolgen soll. Damit dürfte ein weiterer Schritt zur Schaffung von Groß-Waldenburg getan sein.

Landeshut. Zweimillionen-Kredit für Kohlenverflüssigungsanlage. Die Abendblätter (A. B.) will zur Einrichtung einer Kohlenverflüssigungsanlage einen Zweimillionen-Kredit aufnehmen. Entsprechende Verhandlungen in Berlin fanden in Gegenwart des Oberpräsidenten Zimmermann der Regierungspräsidenten von Breslau und Liegnitz statt. Wenn die Kreise Waldenburg und Landeshut die Sicherheit für den Kredit übernehmen, dürfte seine Gewährung gesichert sein.

Hirschberg. Vier Straßenüberfälle wurden kürzlich in der Hohenbühner Straße verübt. Die zu Hilfe eilenden Polizeibeamten verhafteten die Gebrüder Max und Paul Schmalz, wobei es zu einem Handgemenge mit denselben kam, da die Beamten den Polizeibeamten heftigen Widerstand entgegensetzten. Die Gelegenheit dürfte noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Hirschberg. In der nächsten Schwurgerichtsperiode, die am 21. Februar beginnt, kommen unter anderem Straftaten auf die Anklagen gegen den Gärtner Alfred Kahl aus Hirschberg wegen Mord und gegen den Oberkellner Hermann Töpfer und dessen Ehefrau wegen Mord und Beihilfe zum Mord zur Verhandlung. Bei der letzten Anklage handelt es sich um den Mord am Herdberg, der bereits drei Jahre juristisch ist.

Oppeln. Auflösung der ober-schlesischen Grenzpolizei. Oberschlesien hat eine Reihe von Dienststellen der Landesgrenzpolizei, die dem leitenden Kommissariat am Sitz der Regierung in Oppeln unterstanden. Die Grenzkommission dieses Polizeizweiges in Oberschlesien sollen nunmehr nach der Verfügung des Innenministers aufgelöst und der Landesgrenzpolizei in Oppeln angegliedert werden. Wie weit die Verwirklichung dieser Instanzen vorgeschritten ist, ist heute noch nicht festzustellen.

Katze, Kreis Beuthen o. S. Eine blutige Prügelei. Am Sonntag wurden in Katze drei Arbeiter von drei Kollegen überfallen und verprügelt. Zwei von den Überfallenen flüchteten nach Michowitz, während der dritte die Polizeiwache in Katze benachrichtigte. Ein Beamter begab sich sofort nach dem Tatort, mußte aber feststellen, daß die Täter den beiden Verflügten nach Michowitz gefolgt waren und sie dort nochmals verprügelt hatten. Einer der Überfallenen, der Arbeiter Galt, wurde mit einer Schußverletzung im Oberschenkel aufgefunden. Mehr die Ursache der Prügelei ist nicht bekannt.

Katowitz. Ein ober-schlesischer Aufständischer zum Tode verurteilt und beanagt. Der junge deutsche Soldat und nachherige polnische Aufständische Józef Klobet aus Oberschlesien hatte sich vor dem Standgericht in Samol (Klein-Polen) wegen Raubmordes zu verantworten. Die Angeklagte stand früher in den Kreisen der Aufständischen in Oberschlesien an der Spitze. Die Anklage legte ihm zur Last, am Dorf Lufow eine Kaufmannsfamilie ausgeraubt und ermordet zu haben. Dafür wurde er jetzt zum Tode durch den Strang verurteilt. Ein sofort von der Verleibung an der Staatspräsidenten telegraphisch gerichtetes Gnadenersuchen hatte Erfolg, daß die Todesstrafe nicht vollstreckt zu werden braucht.

Werkzeuge

In prima Qualität für Maurer, Zimmerleute, Ofensetzer, Tischler, sowie sämtliche Berufszweige

Maus- und Küchengeräte, Stahlwaren, Eisenwaren

Albert v. Taschitzki Nachf., Breslau, Klosterstr. 75

Metallbettstellen

Kinderbettstellen + Matrassen

Billigste Preise! Größte Auswahl!

Beier & Olowinsky G.m. b.H. Auch gegen monatliche Ratenzahlung

Gerrenstr. 31 u. Schweidnicher Stadtgraben 12 Preisauflösung!

Eßt Gefrierfleisch!

Leonhard Goepper

Butter-Groß-Import

Fernsprecher: Stephan 33 044, 33 045, 30 554

Breslau 13, Höfchenstraße 43

M. Müller Lebensmittel-Großhandlung

Import von Eiern, Butter und Geflügel

Breslau II, Neudorfstraße 33 Telefon Stephan 33 700

Georg Felix G. m. b. H., Breslau-Grübschen

Färberei, Wäscherei und chemische Reinigung-Anstalt

Eigene Filialen: Altkörohle 25 - Gabbitzstraße 17

Annahmestellen in allen Stadtteilen

Reinhardt Bischoff

BRESLAU 5, Friedrichstr. 77

Reparaturwerkstatt für Kraftfahrzeuge aller Systeme im Autohotel Markthalle - Atoma - Tag und Nacht geöffnet

Beerdigungs-Anstalt C. Heymann

Begräbnis-Versicherung

Breslau 6, Klosterstraße 95-97, Zweiggewerbe: Grübschener Straße 67

Tel.: Ring 170, Ohle 3415 - Ueberföhrungsamt - Tel.: Ring 170, Ohle 3415

Bensch u. Garten Oswitz

Jeden Sonntag, Montag und Mittwoch: Großes Tanzkränzchen Angenehmer Familienaufenthalt

Paradies + Knoblich + Cswitz

Jeden Sonntag u. Montag: Tanz! Schöner, schattiger Garten.

Unanfehlliche Lackschuhe. Erhalten eine neue haltbare Lackschicht. Hermann Erillo-Lackwerke.

In feierlicher Stunde

soll Ihr Kind festlich gekleidet sein



Sie finden bei uns ein großes Lager modern gearbeiteter
Einsegnungs-Kleider
 in Wolle, creme Wolle und Colonne, Samt
 Preislagen 12⁰⁰ 15⁰⁰ 17³⁰ 20⁰⁰ 48⁰⁰ Mark
Prüfungs-Kleider
 in feiner Verarbeitung und neuesten Stoffen
 Massenfertigung in kürzester Zeit
Kleiderstoffe und **Samte**
 reine Wolle, elfenbein u. schwarz
 Nr. 2⁷⁵ 3⁵⁰ 4⁰⁰ 5⁰⁰ 6⁰⁰ Horstese Körperware
 Nr. 1⁷⁵ 5⁴⁰ 6⁵⁰

Voll-Wolle beste Schwäbischer Ware, mit reichster Färberei 12⁵⁰ anfragen.
Kopier-Samt Horstese Qualität mit Samt 17⁵⁰ anfragen.
Crème-Wolle Rippenpelze mit abarierter Färberei u. Plüsch 26⁵⁰ anfragen.

Wäsche zur Konfirmation
 Hemden, Hemdhosen, Prinzjoppe, Leibchen in größter Auswahl
 Strickjacken, Strümpfe, Handschuhe

Centawer

SCHMIEDE BRÜCKE 710

Berücksichtigt unsere Inferenten!

Der Kalender des Arbeiters

Ist der illustrierte neue Weltkalender 1927

Preis 80 Pf.

Volkswachtbuchhandlung Neue Graupenstr. 5 Neue Taschenstr. 11

Das Haus der guten Stapelqualitäten

In dieser Woche:

Tägliche

Bedarfsartikel

mit vielen billigen **Ausnahmepreisen**

Groß- Extraverkauf

von **Haushaltswaren** **Haushaltswursten**

Kurzwaren
Schneidererartikel
Schreibwaren
Büroartikel

Im Erfrischungsraum
 1 Tasse guten Bohnenkaffee und 1 Stück Kuchen **25 Pf.**
 1 Paar Wiener mit Semmel und 1 Glas Bier **zusammen 28 Pf.**

Besichtigen Sie unsere Schaufenster



Nähmaschinen + Magerkeit +
 ohne Anzahlung
Mossner Reuschestraße 63

+ Magerkeit +
 Schöne volle Körperform durch **Steiners Oriental Kraft-Pillen**
 in kurzer Zeit erhebliche Gewichtszunahme und blühendes Aussehen (für Damen prachtvolle Büste) Garant. unschädlich, ärztl. empfohlen. Viele Dankschreiben. 23 Jahre weit bekannt. Preisgarant mit gold. Medaille und Ehrendiplom Preis a. Pack (100 Stück) 2,75 Mk. Depot für Breslau: **Reuschmarkt - Apotheke, Ring 44, Kräutlermarkt - Apotheke, Hintermarkt 4, Apoth. zur Hygiene, Tarnowskistr. 27, Adler-Apotheke, Ring 58.**

Lack

- UNIERE EXTRA BILIGEN
- Eleganter Lack - Spangenschuh mit modernem Seiten durchbruch **6 90**
 - Hochf. Lack - Moderpumpen mit Gummispinnell, selbst durchbrochen **7 90**
 - Aparter Lack - Modernpumpen mit edlem LUV-Abstrich elegant gearbeitet **8 90**
 - Lack - Moderpumpen, wie oben genannt aber mit Galium-Agrafe **9 80**
 - Herrsch. Lack - Halbschuh, moderne Form weiß gelappt **11 90**
 - Liewa - Strümpfe in allen Farben, außerordentlich billig



Tack

Verkaufsstelle **Breslau**
 Corrad Tack & Co. G. m. b. H.
 Reuschestraße 47/48
 Fernruf Ohle 5116

SUNLIGHT SEIFE

jetzt billiger!

bei gleicher Güte und gleichem Gewicht wie bisher! — Eine frohe Nachricht für Sie, die Ihnen einen billigeren Waschtage verschafft.

Durch ihre unübertroffene Schaum- und Waschkraft, ihre vollkommene Reinheit und Unschädlichkeit steht Sunlight Seife seit 40 Jahren an der Spitze aller Hausseifen. Ihre ständige Verwendung bedeutet für Sie große Ersparnis an Arbeitszeit und Geld.

SUNLIGHT SEIFE schon die Wäsche.



S. 120

Ein guter Tropfen

Richt Berg und Magen. Der Sommer bereitet sich seine Wüde und Brautweine selbst mit den echten Reichel-Essenzen. So kann man jeden, auch den feinsten Wüde hemmenlernen und probieren und spart dabei mehr als das Doppelte. — Die Selbstbereitung mit Reichel-Essenzen ist eine einfache Sache und man weiß was man trinkt, für guten Gelingen und stets gleiche Güte bürgt die allberühmte „Lichtermarke“. In Drogerien und Apotheken erhältlich, daselbst auch Dr. Reichel's Rezipitblichlein unisoni, wenn vergriffen, kostenfrei durch **OTTO REICHEL, Berlin SO, Eisenbahnstr. 4**



Mindestens jeder 4 Haushalt in Breslau **kauft** die fettreiche, mit Zentrifuge gereinigte, nach neuestem Verfahren in schonender Dauerpasteurisierung **von Krankheitskeimen befreite** tiefgekühlte, deshalb haltbare u. bekömmliche **Milch der Breslauer Molkerie**
 Empfehlen ferner in bester Qualität und täglich frisch **Yoghurtmilch Marke „Blaueres Kreuz“** sowie alle Molkerieprodukte
 Wiederverkäufer und Großabnehmer erhalten Vorzugspreise
Breslauer Molkerie E. G. m. b. H.
 Berliner Straße 58/62 Ferarui Ring Nr. 510
 Verkaufsstellen in allen Stadtteilen

Benutze die Buchkarte

Für 50 Pf. wöchentlich kannst Du Dir geliebte Bücher von unermäßigem Wert erwerben! Wende Dich sofort an unsere

Buchhandlung, Neue Graupenstr. 5

Möbel

liefert in bekannter Güte mit langjähriger Garantie gegen bar und bei geringster Anzahlung auf bequeme

Teilzahlung,

die nach den Verhältnissen des Käufers eingerichtet wird.

Lorenz Hübner
 Breslau 1, Neuschloßstraße 2
 Gegründet 1893

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 12. Februar.

Das Bauprogramm der Stadt Breslau.

Stadtbaurat Dr. Althoff hat jetzt den Stadterordneten eine Aufstellung über die Bauvorhaben der Stadt Breslau unterbreitet, das vierzig Punkte aufweist. Kriegs- und Nachkriegsarmut haben bewirkt, daß Breslau mit seinen Bauten stark im Rückstande ist. Ohne Anleihen ist nicht vorwärts zu kommen und vom Geldmarkt wird es in der Hauptsache mit abhängen, in welcher Zeit diese Bauvorhaben erledigt werden. Im ganzen werden 114,5 Millionen gebraucht. Die Reihenfolge, in der die Bauten in Angriff genommen werden, richtet sich einmütig nach der Notwendigkeit für die einzelnen Verwaltungen, dann aber auch nach ihrer Wirtschaftlichkeit. Da Verzinsung und Tilgung von Anleihen den Haushaltsplan, und damit die Bürgerchaft, schwer belasten, will man diejenigen Bauaufgaben bevorzugen, die sich nach ihrer Herstellung wirtschaftlich selbst tragen.

Im einzelnen sieht das Programm vor: Ein Verwaltungsgebäude für die Betriebsverwaltungen, das auf dem Platz der ehemaligen Feuerwache errichtet werden soll. Der Bau einer Hauptfeuerwache wird damit verbunden. Wegen der Bedeutung des Gebäudes in dieser bevorzugten Lage soll ein öffentlicher Wettbewerb ausgeschrieben werden. Man rechnet frühestens im Herbst mit dem Bau beginnen zu können.

Zu Beginn auf den Rathhaus-Neubau sind bindende Verträge noch nicht gefaßt, er dürfte auch sobald noch nicht kommen. Dafür sind im alten Rathaus Verbesserungen der Licht- und Heizungsanlagen, sowie der Fahrstühle beabsichtigt.

Die Großmarkthalle ist bereits im Bau, dürfte aber bei günstiger Entwicklung bald zu Erweiterungen Anlaß geben. In der Bohrerer Straße soll eine neue Markthalle in der Lage gebaut, die in der Herder- und Nordstraße soll erweitert werden, und ebenso soll die Hauptniederlage in der Kaiserstraße nach Bestimmung abbruchreifer Gärten und Nebengebäude, durch einen Neubau vergrößert werden.

Die Gartenverwaltung verlangt, abgesehen von mehreren Wünschen, nach Errichtung eines Verwaltungsgebäudes neben Nebengebäuden in Scheitling. Dazu das Stadtamt für Veranschaulichung der vollkommener Ausbau des Sportparks in Scheitling, weiter Sportbadeanlagen im Colker Wald, in Gräbchen und in der Ohlauer Vorstadt. Auf verschiedenen Sport- und Turnplätzen sollen Umkleidekabinen errichtet werden, ferner für den Nudeldetrieb der höheren Schulen Bootshäfen und Umkleideräume am Weidenbäum.

Von mindestens zwei neuen Hallenschwimmbädern im Süden und Westen soll zunächst eins in Angriff genommen werden. Sechs Schwimmbäder will man zu öffentlichen Bädern ausbauen, und dazu sollen zwei neue Warmbäder in der Michaelisstraße und der Oranienstraße entstehen.

Neue Schulhäuser sind in Zimpel und an der Koonstraße geplant, weiter der zweite Bauteil des Schulneubaus in Finkenwiese. Zwölf Turnhallen sollen teils durch Neubau teils durch Aufstockung entstehen.

Zwei neue Mittelschulen sind ebenfalls vorgesehen, eine für Knaben im Süden, die andere für Mädchen an der Ecke der Tiergarten- und Diefhufstraße. Dazu treten die langgehegten Neubaupläne für Zwinger- und Magdalenenpark, in dem auch die Räume der Cecilianschule sind anzugehen.

Ein Berufsschulhaus für Mädchen soll auf dem Gelände der alten Fabrik zwischen Claemisch- und Paradiesstraße entstehen. Für die gewerblichen Fortbildungsschulen ist ein Neubau in der Pleignitzer Straße vorgesehen, ferner für die Handwerker- und Kunstgewerbeschule ein Neubau an der Hferzeile, und für die Handwerkschulen ein Neubau auf einem noch nicht bestimmten Platze.

Das Schloßmuseum soll mit Zentralheizung versehen werden, um es auch für den Besuch im Winter geeignet zu machen, und die Reisser-Willa erfordert Mittel zur baulichen Instandhaltung.

Stadtbibliothek und Stadttatarchiv sollen durch einen massiven Ausbau des Dachgeschosses erweitert werden.

Das Wohlfahrtsamt sieht infolge Forderung der Wohnungsnot eine starke Zunahme der zwangsweise ausgegebenen Familien voraus. Weitere Notwohnungen müssen deshalb gebaut werden. Zunächst ist ein Bau mit 20 Einzelzimmern in Aussicht genommen. Räumliche Wohlfahrtsämter sind in den verschiedenen Stadtteilen geplant, um die Wohlfahrtspflege zu dezentralisieren. Auch an ein neues Obdachlosen Asyl wird gedacht, das wahrscheinlich Sternstraße eingerichtet wird.

Das Jugendamt hat ein Grundstück in Steinheffen mit Anwertrungsflächen für etwa 150 Kinder, daneben noch eine Anzahl kleinerer Jugendheime in Privathäusern der Gebirgsgegend. Man soll eine Zusammenlegung der letzteren durch einen Neubau mit 170 Betten erfolgen. In der Stadt sollen an mindestens fünf Stellen Räume für neue Kinderheime gemietet werden.

Die Schulzahnklinik, die Nikolaistraße 65 nur unzulänglich untergebracht ist, soll vielleicht ins letzte Magdalenenamannium kommen, wenn dies frei wird. Das Säuglingsheim braucht ein neues Wirtschaftsgebäude und aus sanitären Gründen den Neubau eines Absonderungshauses für kranke Kinder.

Da durch das Gelände des Allerheiligen-Spitals eine neue Straße kommt, soll dieses nur als Aufnahmestationshaus mit 400 Betten bestehen bleiben. Die Frage eines neuen Großkrankenhauses wird deshalb um so dringlicher. Man denkt dabei an Herrnpösch, weil dort die Wirtschaftsgebäude auch für einen vergrößerten Betrieb ausreichen. Erweitert wird auch das Wenzel-Handkrankenhaus und das Claassische Siechenhaus. In Herrnpösch soll ferner ein Infektions-Krankenhaus in Anstift genommen werden.

Große Erweiterungsbauten sind im Schlacht- und Viehhof geplant, die sich aber zum selbst rentieren und den Hausbesitzer der Stadt nicht belasten.

Der Schiechwerder dürfte zu einer Stadthalle umgebaut werden und auch die halbfertige Jahrhunderthalle soll aus wirtschaftlichen Gründen ihre weitere Ausgestaltung empfangen. Man denkt auch an eine Heizanlage für das Ausstellungsgelände und an Verbesserungen am Terrassengebäude an der Jahrhunderthalle.

Ein Neubau des Stadttheaters ist vorläufig nicht möglich, und so kommen auch hier wesentliche Umbauten in Betracht.

Die Stiftungen sind verarmt und die Stadt will ihnen deshalb mit baulicher Hilfe beistehen.

Schließlich wird dann der sehr notwendige Bau eines Arbeitsamtes genannt, der sich aber aus den eigenen Mitteln des Amtes verzinsen und amortisieren läßt. Kernheime und Wohnheime bilden den Schluß des ganzen Programms.

An Arbeitslosigkeit für das Baugewerbe brauchte es nach alledem nicht zu fehlen, zumal in diesem Jahre auch wieder 2000 Wohnungen neu hergestellt werden sollen. Andere Gewerbe würden daraus indirekten Nutzen ziehen. Im ganzen trägt es sich nur um das nötige Geld, eine Frage, die den Stadterordneten schwer noch mancherlei Kopfschmerzen verursachen wird.

Das Ende der Koalitionspolitik.

In seinem Vortrag über das Ende der Koalitionspolitik, dem die gestern wiedergegebene Entschärfung folgte, führte Genosse Professor Dr. Marc etwa folgendes aus:

Von der sozialistischen Alleinherrschaft zur Weimarer Koalition, von der Weimarer Koalition zur Großen Koalition, von der Großen Koalition zum Wechsel zwischen mehr oder minder verschleierte Bürgerblock und bürgerlicher Minderheitsregierung mit sozialdemokratischer Unterstützung, von dieser stillen Koalition zum offenen Reichsblock ist der Weg der gegenrevolutionären Entwicklung seit 1919 gegangen. Was man heute erlebt, ist nicht bloß eine Verschiebung der parlamentarischen Konstellation, sondern der Abschluß einer Epoche und der Beginn einer neuen. Der Sinn der jeweiligen Unterstützungspolitik für bürgerliche Regierung lag in der Sicherung friedlicher Außenpolitik und in der Haltung der Republik. Diese beiden Ziele sind als solche heute erreicht, und die aus ihnen auch noch im Januar vom Genossen Seering hergeleitete Notwendigkeit der Großen Koalition deshalb für uns in keiner Weise mehr gegeben. Die Entwicklung der letzten Krise hat dies bestätigt: die Rechte hat sich der zwangsläufigen Außenpolitik und der feststehenden Staatsform der Republik gebeugt, minnere will sie diese Republik vollkommen zur kapitalistisch-konserverativen Republik gestalten. Den Kern der Krise hat mit voller Deutlichkeit die Rede des volksparteilichen Führers Scholz in Jüterburg offenbart, mit der ja auch die Regierungskrise zeitlich begann. Dieser hat ausgeführt, daß es ein Faktieren mit der Sozialdemokratie nur gebe, wenn sie ihren Kampf gegen die kapitalistische Weltanschauung einstellt. Wir sollten uns dieses offene Bekenntnis recht gut merken, denn es zeigt viel deutlicher als alle schönen Redensarten von Vaterland, Volksgemeinschaft usw., was das Bürgerium will. Auch die christlichen Gewerkschafter haben erkannt, daß entgegen der im Herbst noch anderen Stimmung bei der Dresdener Tagung der Industrie und der Liebe Silberbergs der Klassenkampf von seiten des Bürgeriums entfesselt worden sei; wir haben nur nicht die Kraft aufgebracht, daraus die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Um die neuen sozialpolitischen Gesetze: Arbeitsschutz, Arbeitslosenversicherung, vor allem aber um die Arbeitszeit, wird der kommende Kampf gehen. Wirth hat sich auch in dieser Krise als ein ehrsüchtiger warmer Freund der Arbeiterschaft gezeigt, aber er ist der Diplomatie seiner Koalitionsgenossen gegenüber allzu sehr ein Stimmungspolitiker. Die Rolle der Deutschnationalen in den letzten parlamentarischen Auseinandersetzungen war nicht beneidenswert. Trotz des heftigen Postens aber wird die Ehe mit dem Zentrum voraussichtlich von längerer Dauer sein, als manche heute annehmen.

Selbstverständlich wird auch heute in den Reihen der Arbeiterschaft über die Schuldfrage für das Zustandekommen des schwarz-blauen Blocks gestritten. Die Kommunisten schieben der sozialdemokratischen Koalitionspolitik die Schuld daran zu. Hier kann höchstens insoweit auf den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl ein Könnchen Berechtigung anerkannt werden, da die geschichtliche Entwicklung gezeigt hat, daß in der Tat zwischen Hindenburg und Marx keine so großen Unterschiede vorhanden sind, daß vielmehr ihr Spiel mit verteilten Rollen ausgezeichnet funktioniert. Im übrigen aber war die sozialdemokratische Koalitionspolitik, vor allen Dingen die Weimarer Koalition, eine historische Notwendigkeit; die Form der Großen

Koalition allerdings ist in keiner Weise Normalzustand republikanischer Regierung, sondern der Ausnahmefall des Pakts mit dem Klassengegner. Auch dem Genossen Höring aber kann man bei aller Würdigung seiner gegenwärtigen Schwierigkeiten als Führer des Reichsbanners nicht zustimmen wenn er auch jetzt noch die Klüt zu den Kommunisten verbreitet, und vom Zentrum als möglichem Bundesgenossen für den kommenden Wahlkampf spricht. Eine solche Bundesgenossenschaft ist weder wahrscheinlich noch wünschenswert.

Andere politische Aufgabe ist es nunmehr, den Kampf in der Opposition mit aller Energie, im Reich auch gegen das Zentrum, zu führen und nicht nur im Sinne der parlamentarischen Opposition, sondern des proletarischen Klassenkampfes. Das bedeutet, daß der grundsätzliche Charakter der gegenwärtigen Opposition gegen die konserverativ-kapitalistische Republik zum Ausdruck gebracht werden muß, daß im gegenwärtigen Reichstag und in der gegenwärtigen Wirtschaftslage nicht das Ende dieser Sachlage erwartet werden darf, sondern nach einer grundlegenden Veränderung der parlamentarischen und außerparlamentarischen Verhältnisse erst eine Beteiligung der Sozialdemokratie an einer Regierung unter ihrem ausschlaggebenden Einfluß in Frage kommt. Reinesfalls darf die Sozialdemokratie heute bei einer Vermehrung des Rechts im Bürgerblock oder bei einem erneuten Versagen der Deutschnationalen in Fragen der Außenpolitik in die Bresche springen. Neuwahlen müssen unter der Parole der Eroberung einer sozialistischen Mehrheit geführt werden. Es ist zweifelhaft, ob diese erreicht werden kann. Ganz bestimmt erreicht hat es aber eine sozialdemokratisch-demokratisch-kommunistische Abwehrmehreheit, die die Wiederkehr eines schwarz-blauen Blocks unmöglich macht. In Bezug auf Breiten muß unsere Parole sein, daß wir von uns aus nicht die bestehende Koalition sprengen, aber ihre Sprengung von anderer Seite nicht fürchten, daß wir bei ihrer Erhaltung gerade jetzt unseren grundsätzlichen Standpunkt besonders in Kultur- und Schulfragen zum Ausdruck bringen.

In der folgenden Diskussion nahm Genosse Karl Biesch zu früheren Debatten über Koalitionspolitik Stellung. Genosse Fr. Müller und Genosse Felsen betonten die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit dem Zentrum auch auf weltanschaulichem Gebiete. Genosse Schramm kritisierte, daß man bei aller Koalitionstragerei stets nur die Koalition nach rechts diszipliniere und Erstickung der kommunistischen Bewegung dabei ignoriere, er glaubt nicht nur an eine mögliche Abwehrmehreheit, sondern auch einmal an ein gemeinsames Vorgehen mit den Kommunisten. Genosse Dr. Lewy behandelte das Koalitionsproblem unter dem Gesichtspunkt, daß einmal wirklich die Enttäuschung des Sozialismus auf der Tagesordnung stünde und beantragte die Einfügung des Beschlusses, „außerparlamentarische Mittel“ in die vorgeschlagene Entschärfung. Im Schlußwort teilte sich Genosse Dr. Marc mit der Möglichkeit einer Regierungsgemeinschaft mit den Kommunisten auseinander, die er auch wie vor wegen ihrer Abhängigkeit von der Moskauer Außenpolitik und ihren bauenden Spaltungserscheinungen skeptisch beurteilt und forderte, daß die von der absehbaren Lage aus notwendige Radikalisierung der Partei im Geiste eines staatsmännlichen Radikalismus sich vollziehe.

Arbeitslose S.P.D. und Reichsbannerkameraden!

Dienstag, den 15. Februar, nachmittags 5 Uhr im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses

Versammlung

Tagesordnung: „Wohin kann der deutsche Arbeiter heute auswandern?“ Redner: Herr Hennoch, Leiter des Auswandereramtes Bericht der Kommission, Mitteilungen

Stempelkarte am Eingang vorzeigen. Es wird guter Besuch erwartet

Hermann Friedrich gestorben.

Der bravste einer aus dem Heere unserer Parteifunktionäre ist von uns geschieden. Wer kannte nicht Hermann Friedrich, den statilichen Schiffszimmerer, den Zahnenträger des Sozialdemokratischen Vereins! Friedrich stammte aus Schönebeck a. d. E. und kam Ende der 90er Jahre nach Breslau. Hier erwarb er sich bald durch sein charaktervolles Wesen das Vertrauen der Genossen. Fünfzehn Jahre lang übte er das Amt des Schriftführers im Sozialdemokratischen Verein aus. Bei der Verbekolonne zur Verbreitung der „Volkswacht“ in Breslau und der Provinz war er einer der ersten und eifrigsten. Bei der Gründung des Konsumvereins „Vorwärts“ und am Aufbau des Gewerkschaftshauses wirkte er mit, und selbstverständlich hat er auch in seiner Berufsorganisation immer seinen Mann gestanden. Während des Rapp-Pulisches wurde er von den Banditen gefaßt und im Freiburger Bahnhof sollte er sein Leben beschließen, aber der Auslieferung des Nordes stellten sich wohl doch zu große Hindernisse entgegen. Jahreslang war Friedrich Distriktsführer und zuletzt noch Redaktor in unserem Parteiverein. Wie selten einer hat er seine volle Pflicht getan. Nun er im viel zu frühen Alter von 57 Jahren durch Krankheit von uns geschieden, wird die Fahne, die er trug, sich ihm zum Abschied neigen. Allen aber, besonders der Jugend, soll dieser schlichte Soldat der Partei noch auf lange Jahre als Beispiel dienen.

Die juristische Sprechstunde

findet nächste Woche Montag und Donnerstag von 3 bis 4 Uhr nachmittags statt. - Eingang frändelplatz. Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung der Abnomementquittung, erteilt. Schöffsätze werden nicht angefertigt.

Engelbert Graf bei der Jugend.

Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 5 Uhr, spricht Genosse Engelbert Graf im Gewerkschaftshause vor Jungsozialisten und Sozialistischer Arbeiterjugend über das Thema: „Zur Soziologie der Jugend.“ Niemand veräume, den besten Kenner der gesamten Jugendbewegung und Führer der proletarischen Jugend zu hören. Der Eintritt ist frei.

Die Erlernung eines Handwerks

war zu allen Zeiten die große Sorge der Eltern für ihre Kinder, galt es doch stets, einen Beruf ausfindig zu machen, der den körperlichen und geistigen Anlagen des in das Erwerbsleben ein tretenden jungen Menschen entsprach und der darüber hinaus auch noch für das ganze Leben des Menschen eine möglichst gesicherte Existenz versprach.

Von der Entwicklung der Wirtschaft zum Kapitalismus war die Regel, daß die Söhne eines Meisters schon frühzeitig mit dem väterlichen Berufe in Berührung kamen, und so pflanzte sich das väterliche Unternehmen von Generation zu Generation in der Familie fort.

Da aber auch durch die frühere Geburtenhäufigkeit immer nur ein Sohn als Nachfolger des väterlichen Betriebes in Frage kam, mußten die übrigen Kinder und die der unselbständigen Arbeitnehmerschaft verfallen, in anderen Berufen Aufnahme zu finden.

Aus diesem Grunde entwickelte sich schon frühzeitig ein gewisses Lehrlingsrecht, das nicht in allgemein gültigen Gesetzen bestand, sondern für jede Kunst bzw. Innung geregelt war.

Wie alle Dinge vom Mittelalter bis in die neueste Zeit Veränderungen unterworfen waren, so auch das Lehrlingswesen und Lehrlingsrecht. Inwieweit ein Fortschritt zum Besseren eingetreten ist, das wird Genosse Ziegler im 10. Schulungsabend für Betriebsräte am

Dienstag, 15. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses, in seinem Vortrage über

„Der Lehrling in der Zukunft“ darlegen. Vortreffendes Thema dürfte besonders deshalb interessieren, weil die bevorstehende Schulentlassung allein in Breslau wieder über 6000 junge Menschen dem Erwerbsleben zuführt und infolge der fortschreitenden Umgestaltung der Betriebs-einrichtungen und der Leistungssteigerung der technischen Hilfsmittel die Möglichkeiten beruflicher Ausbildung stark vermindert werden.

Der Schulungsabend wird pünktlich 7 1/2 Uhr begonnen und sind nur Betriebsräte mit blauer Eintrittskarte teilnahmeberechtigt.

Die endgültige Zusammenstellung für das Breslauer Sechstageressen.

Die Verträge für das 4. Breslauer Sechstageressen sind nunmehr restlos zum Abschluß gebracht. Die Starterliste weist 28 Paare, darunter 10 Ausländer und 18 Deutsche auf. Die Paare sind nunmehr endgültig wie folgt zusammengestellt: von Kempen-Kielens, Lebourneur-Kouper, Wandst-Laquesay, Thollembeck-Debraene, Tonant-Knappe, Feja-Kieger, Busche-Thomas, Junge-Stupinski, Krall-Miethe, Mühlbach-Seiffert, Manthens-Häusler, Tieh-Bauer, Longardt-Behrnd, Chmet-Kroschel.

Es stehen sich also 4 rein ausländische, 2 gemischt ausländisch-deutsche und 8 rein deutsche Paare gegenüber; eine Kombination, die jedem Geschmack Rechnung tragen dürfte.

Bei Grippe, Influenza u. a. Erkältungskrankheiten... Bei Grippe, Influenza u. a. Erkältungskrankheiten, haben sich Cognac-Tabakten hervorgetan. Bei Grippe, Influenza u. a. Erkältungskrankheiten, haben sich Cognac-Tabakten hervorgetan. Bei Grippe, Influenza u. a. Erkältungskrankheiten, haben sich Cognac-Tabakten hervorgetan.

Einkommen aus Arbeit. Die Tochter wird erwerbslos und beantragt Unterstützung. Es wird die Einnahme ermittelt. Der Vater bezieht 35 Mark, der Verdienst des Bruders bleibt außer Betracht. Das Sechsfache des Arbeitsentgelts beträgt für den Vater 20,40 Mark, für die Tochter 14,40 Mark, zusammen 34,80 Mark. Die Tochter muß also Unterstützung erhalten. Würde aber der Verdienst des Vaters 45 Mark anstatt 35 Mark betragen, so würde die Tochter keine Unterstützung erhalten, weil das vorgeschriebene Sechsfache nur 10,20 Mark übersteigen und diese Heberhebung auf die Unterstützung, in den ersten acht Wochen 9,60 Mark, gerechnet werden muß.

Bei Familienmitgliedern ohne eigenes Einkommen erhöht sich das unterstützungspflichtige Einkommen des Erwerbslosen um den doppelten Betrag der Familienzuschläge, die bei Bezug der Erwerbslosenunterstützung bezahlt werden.

Beispiel: Ein Berufloser mit zwei schulpflichtigen Kindern wird erwerbslos und beantragt Unterstützung. Sein unterstützungspflichtige Einkommen setzt sich wie folgt zusammen: 20,40 + 2 x 2,85 Mark = 5,70 Mark, Frauenzulage und 4 mal Kinderzulage = 6,12 Mark = 32,28 Mark. Die Unterstützung beträgt nach der neunten Woche einschließlich der Familienzuschläge 10,90 Mark für die Woche, 32,90 Mark weniger 10,90 Mark gleich 16 Mark. Diese Summe darf, wenn dieselbe sonst als Einnahme vorhanden, nicht auf die Unterstützung angerechnet werden. Der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises kann, ist also nicht zwingend, anordnen, daß der Lebensunterhalt aus Gelegenheitsarbeit während der Erwerbslosigkeit nach den Grundregeln der Neuregelung berechnet wird. Dadurch würden die berechtigten Klagen der zurzeit hier beschäftigten Schneearbeiter behoben werden.

Nach dem Gesagten ist also eine Verbesserung zu Gunsten der Erwerbslosen in vielen Fällen festzustellen.

Kostenloser Rat, Auskunft und Anfertigung von Gesuchen für alle Erwerbslose, auch Frauen und Mädchen, Montag bis Freitag, von 9 bis 11 Uhr, im Zimmer 13 des Gewerkschaftshauses durch die Erwerbslosenkommission der SPD.

Vom Lebensmittelmarkt.

„Eßt Früchte, denn bleibt ihr gesund!“ Diesen gutgemeinten Rat kann man nicht nur oft hören, sondern auch lesen. Leider wird es nicht jedem genügend sein, diesen guten Ratssatz zu befolgen, denn im allgemeinen ist Obst, besonders gegenwärtig, recht teuer. Gewiß gibt es noch verhältnismäßig billige Äpfel, das Pfund zu 25 und 30 Pf., doch diese Sorten eignen sich meist zum Kochen als zum Rohessen. Die gutschmeckenden Äpfel kosten mindestens 55 Pf., das Pfund. Preiswert sind die Apfelsinen, und wer es sich leisten kann, sollte recht viel dieser wohl-schmeckenden Früchte kaufen. Auch Mandarinen, das Pfund zu 55 Pf., oder Bananen zu 60 und 70 Pf., das Pfund, sind sehr zu empfehlen. Zu den feinen Früchten zählen die Ananas, die in ganzen Früchten zu einem Pfundpreise von 1,40 und 1,60 Mk. verkauft werden und Kompottfrüchte zu 1 Mk. das Stück.

Der Gemüsemarkt sieht absolut nicht winterlich aus. Da steht man den schönsten Kohlenohl, auch Spinal, Kapuzer und Blumenkohl. Alle Krautsorten haben ein vorzügliches Aussehen und frische Petersilie und junger Schnittlauch ist immer zu haben. Grünkohl kostet 10 Pf., das Pfund, ebenso wie gelbe Kohlräben und rote Rüben. Schöne weiße Salsfelerie kostet 20 und 25 Pf. das Pfund.

Die schon ohnehin hohen Butterpreise zogen in der letzten Woche noch mehr an, so daß für beste Molkereibutter nun wieder 2,30 Mk. für dänische Butter 2,40 Mk. für das Pfund zu zahlen ist. Der allgemeine Preis für Landbutter ist 1,80 und 1,90 Mark. Um einen Pfennig billiger wurden die Eier; sie kosten also jetzt 14 und 15 Pf. das Stück; ganz kleine Ware wurde zu 10 und 11 Pf. angeboten.

Ganz ausgezeichnete und billige Angebote machen in dieser Woche wieder die Fischhandlungen in Seefischen. Fünf Pfund grüne Heringe werden für 90 Pf. verkauft. Für das Pfund Seezachs sind 27 Pf., für Goldbarsch 31 Pf., für Kabsian 35 Pf. und für Rotzungen 45 und 55 Pf. zu zahlen. Das Pfund Koteletts kostet ebenso wie der fertige Backfisch 65 Pf. Geschlagene Mele wurden zu einem Pfundpreise von 65 Pf., Backender zu 1,10 Mk. verkauft. Das Pfund lebende Karpfen oder Hechte kostet 1,40 Mk., lebende Schleie 2 bis 2,20 Mk. Die Auswahl an Räucherwaren ist wie immer vielfältig und preiswert.

Auch die Wild- und Geflügelgeschäfte hatten, ebenso wie in der Vorwoche, eine reiche Auswahl an Wildfleisch. Hirsch- und Rehkehlchen kostet 40 Pf., das Pfund; Rehblatt 1,10 Mk. und Wildschwein vom Blatt 1,20 Mk. das Pfund. An Geflügel gibt es noch allerlei Gänse, Hühner und Mastputen, letztere zu 1,10 und 1,20 Mk. das Pfund.

In den Fleischereien ist im allgemeinen ein recht ruhiger Geschäftsgang, so daß vielfach die hohen Preise eine Kleinigkeit herabgesetzt wurden. Die Gefrierfleischstände in den Markthallen bieten immer gutes, billiges Gefrierfleisch an. Das Pfund Gefrierleber wird zu 1 Mark verkauft.

In den Blumenengeschäften sieht man schöne Rosen, Tulpen, Maiglöckchen, Flieder und Mimosen.

Schleifige Gezeiten für Erdkunde.

Am Freitag den 4. Februar, fand im Hörsaal des Geographischen Instituts der Universität Breslau eine Nachsitzung der Schleifigen Gesellschaft für Erdkunde E. B. statt. Herr Professor Dr. W. Friederichsen legte zu Beginn des Abends eine Reihe neuerer Literatur vor, und zeigte anschließend daran Luftbildaufnahmen aus dem Gebiete der deutschen Ostseemeerküste, die in trefflicher Weise das vielverzweigte Küstengebiet der Nordsee zur Darstellung brachten. Auch ihre Auswertung in kartographischer Hinsicht, die bisher immer auf große Schwierigkeiten gestoßen war, wurde demonstriert. Darauf ergriff der Redner des Abends, Herr Privatdozent Dr. Hans Mortensen-Göttingen, das Wort zu seinem Vortrag über: Das Landschaftsbild der norddeutschen Küsten. Mit dem Begriff Chile verbindet man allgemein den Gedanken an Salpeter. Aber das Land selbst ist wenig bekannt. Und gerade das chilenische Küstengebiet, dem die besondere Aufmerksamkeit der Reise Dr. Mortensens im Jahre 1925 gewidmet war, ist noch wenig erforscht und bearbeitet. Der Grund dafür ist die Abgelegenheit des Landes. In kurzen Strichen zeichnete der Redner den Aufbau Chiles. Hinter einer mächtigen hohen Küstendüne, der eine nur wenige hundert Meter breite ebene Strandplatte vorgelagert ist, und zwischen der eigentlichen Küstendüne, liegt der lange, schmale Streifen des chilenischen Küstengebietes. Wir haben es mit einem Land zu tun, das bei einer Breite von 150-200 Kilometern eine ungeheure Längserstreckung hat (über 30 Breitengrade = circa 3600 Kilometer). Dieser Aufbau ergibt durch seine Längsgliederung die schon erwähnte Dreiteilung des Landes,

von der dann auch die klimatischen Verhältnisse in starkem Maße abhängig sind. Die schon an sich nicht feuchten Winde, die von Pazifischen Ozean her auf das Land wehen, werden durch die kalte Strömung des Peru-Stromes noch bevor sie das Land erreichen, zur Abgabe von Feuchtigkeit gezwungen. Von West nach Ost an Regen noch mit sich führen, verlieren sie beim Aufsteigen auf die Küstendüne, so daß das dahinterliegende chilenische Küstengebiet vielleicht den trockensten Großteil darstellt, den wir kennen. 20 bis 30 Jahre vergehen in manchen Gegenden zwischen den einzelnen Regenfällen. Es ergibt sich daraus ein Verdunstungsdefizit von bis zu minus 4000 Millimeter, d. h. es könnten 4 Meter Niederschlag im Jahre fallen, um die Wassermenge zu liefern, welche in der chilenischen Wüste verdunstet könnte. Die Temperatur in der chilenischen Wüste ist ziemlich gering, da wir es mit einer Höhenlage von 1000 bis 3000 Meter zu tun haben. Zum mindesten ist die tägliche Wärmeschwankung eine ganz außerordentliche. Aus diesen natürlichen Verhältnissen erklärt sich, daß wir schon an der chilenischen Küste eine ganz außerordentlich kräftige Vegetation antreffen, und daß die Wüste selbst im Gegensatz zu anderen Wüsten, die immer eine gewisse Vegetation aufweisen, mit ganz wenigen Ausnahmen ohne jeden Pflanzenwuchs da liegt. Es erklärt sich ferner aus diesen Verhältnissen, daß die chilenische Wüste in großen Teilen eine Schuttwüste ist. Künftig in ihr ist das Fehlen fast jeglicher Sandanhäufung, die doch sonst mit großen Dünengebieten ein Charakteristikum anderer Wüsten darstellt. Dies erklärte der Redner dadurch, daß weite Gebiete der Wüste mit Staub überzogen sind, der gebläht wird durch eine außerordentlich hohe, aber um so widerstandsfähigere Staubhaut. Diese nimmt dem Wind die Mächtigkeit der Ausbläuhung und des Sandtransportes. Die Vegetationsarmut erklart sich auch daraus, daß der Grundwasserspiegel außerordentlich tief unter dem Seespiegel liegt durchschnittlich in circa 30 bis 60 Meter Tiefe. Aus diesen Eigenschaften der chilenischen Wüste erklärt sich ihre außerordentlich stark ausgeprägte Tendenz zur Konservierung aller Formen. Die Trockenkäser und die kleinen Seitenkäse, welche durch den sehr seltenen Regenfall erzeugt werden, erhalten ihre Formen über Jahrzehnte hinweg, ohne der Zerstörung anheim zu fallen. Das Gleiche gilt von Wagenpuren usw. Der Schutt, der durch die starke mechanische Verwitterung im Gebiete der chilenischen Wüste gebildet wird, wird zusammen mit dem Staub ganz allmählich in seinen Poren zu Schuttschichten aufgebaut, die sehr geringe Neigung haben. Aufschlüsse in den Trockengebietern zeigen, daß eine Bewegung des Schuttes in der chilenischen Wüste nicht, wie neuerdings behauptet wurde, nach Ost des Wälders vor sich geht. Alle chemischen Umsetzungen, wie Zerze, Hilgen usw., werden allmählich von diesem Schuttschicht eingedeckt und tragen als inaktive Berge aus ihm nur noch schwach hervor.

Nach Bejehung der Natur des Landes und ihrer Oberflächengestaltung, ging Dr. Mortensen noch auf seine Bewirtschaftung ein. Die größte Rolle spielt die bekannte Salpetergewinnung, sowie die Kupferausbeutung. Anbaukulturen sind außerordentlich selten und verteilen sich auf einzelne Oasen, bezw. auf Flächen, die der künstlichen Bewässerung zugänglich gemacht werden konnten. Zum Schluß sprach der Redner noch ein paar Worte über die amphotrope chilenische Siedlungsweise und über die Salpeterhöfen dieses Landes. Seine Ausführungen waren begleitet von einem ausgerechneten photographischen Material, das in keiner Art vielleicht erstmalig unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten in diesem abgelegenen Gebiete angefertigt worden ist.

Die nächste Veranstaltung der Gesellschaft findet, gemeinsam mit der Sektion für Geologie, am Mittwoch, den 16. Februar, abends 8 Uhr, im Hörsaal des Geographischen Instituts, Martinstraße 7, statt. Herr Dr. W. Staub, Bern, kürzlich Berlin, wird sprechen über das Thema: „Glacialmorphologische Studien in den Walliser Alpen“. Mit Lichtbildern.

Viederabend von G. M. Neumann.

Ein genußreicher Abend verspricht der vom Bildungsausschuß veranstaltete Viederabend des Opernjüngers Neumann zu werden. Das Programm ist in guter Auswahl der Vieder zusammengestellt. Es wird noch besprochen werden Allen Freunden des Gesanges wird daher der Besuch dieser Veranstaltung besonders zu empfehlen sein. Bei niedriger Eintrittspreis (60 Pfennige) ermöglicht es allen, diesen Abend zu besuchen.

Das Ende des großen Betrugsprozesses.

Am gestrigen Tage ging der Betrugsprozess mit den 370 Zeugen zu Ende. Entsprechend seiner umfangreichen, wissenschaftlichen Vorgehensweise fiel die Strafe gegen den Hauptangeklagten, der auch die Seele des Schwindelunternehmens war, ziemlich hoch aus. Das Gericht war im wesentlichen den Ausführungen des Staatsanwalts gefolgt; es nahm bei Böhm und Kaitner gemeinshaftlichen, fortgesetzten Betrug an, und verurteilte Böhm zu der höchstzulässigen Strafe von fünf Jahren Gefängnis, 20000 Mark Geldstrafe, oder nach 100 Tagen Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust. Zehn Monate wurden ihm auf die Unteruchungshaft angerechnet. Wegen Kaitner lautete das Urteil auf drei Jahre Gefängnis, wovon ein Jahr durch die Unteruchungshaft verbüßt ist. Sein wurde wegen Beihilfe zum fortgesetzten Betrüge zu einhalb Jahren Gefängnis verurteilt, Kupfe zu zwei Monaten Gefängnis. Streichert und Ratich wurden freigesprochen.

Damit ist der umfangreichste Betrugsprozess, der jemals in Breslau stattfand, und der eine ungeheure Summe Geldes kosten wird, das nun zu Lasten der Angeklagten geht, zu Ende gegangen. Seit dem 17. Januar lagen außer dem Gerichtshof, bestehend aus vier Personen, noch zwei Hilfschöffen, ferner ein Hilfsrichter und ein Hilfsstaatsanwalt. Zeugen waren aus allen Gegenden des Reiches da; zwei Berliner Zeugen, die nicht zum Termine erschienen waren, wurden zu Ordnungstrafen verurteilt. Die große Zahl der Geschädigten aber werden eine Genugtuung empfinden, daß das Betrügerkontingent nun die gerechte Strafe getroffen hat.

Von Vol zu Vol.

Die große Funtredoute der Schlesischen Funtstunde A.G. beginnt heute abend 8 Uhr im Meschhof. Der Riesentanz, der mit Betätigung bis zu 6000 Personen aufnehmen kann, dürfte von den früheren Besuchern kaum wiedererkannt werden. Die üppige, tropische Vegetation, die zahlreichen Lauben, die prächtig ausgestatteten Bars der Erdeise, verleihen dem Abbild der Erde einen reizvollen, intimen Charakter. Drei Kapellen senden ihre Töne wellen durch den Aether. Das Landesorchester — 70 Mann — unter Leitung von Dr. Edmund Ald eröffnet das Fest mit einem Promenadentanz. Die Funtkapelle zieht von Land zu Land, um allortorts ihre rhythmischen Weisen ertönen zu lassen. Und endlich Bernard Ctté! Er führt uns mit seiner Virtuosenjacht zum Tanz um die Erde.

Neben Estimos, Kanadiern, Sibiriaten, Chinesen, Japanern, Russen, Tibetern, den gesamten europäischen und nordamerikanischen Nationen werden die Völker der äquatorialen Zone besonders stark vertreten sein. Nordafrikanische, türkische, persische, indische, samelische Trachten, weiter die der Südpazifiker, Indianer, Cow-boys und -girls, sowie Negertypen Amerikas und Afrikas dürfen für die mitwirkenden Glanztrötter hinsichtlich ihrer Maskierung besondere Anreiz bieten. Was im einzelnen an Heberziehungen allen Zeugnissen bevorzucht, ist so mannigfaltig, daß es an dieser Stelle nicht aufgezählt werden kann. Nur einige wenige Angaben: Die Funtbahn vom Nordpol, die Fahrt durch die Luft, Schieß- und Wurfsände, das übliche photographische Material, Scherzartikel aller Art, Karven, Kopfbedeckungen, Papierfliegen, Jäger usw. — alles ist an Ort und Stelle erhältlich. Besondere Stärke sind für Schokolade, Blumen und Erfrischungen eingerichtet. Das Fest verspricht das größte gefestigte Ereignis der Saison zu werden.

Kommunalpolitischer Kurier.

Heute abend 7 Uhr im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses Erster Vortrag: „Vollständiges Erbeben aller ist Pflicht“

* Die Unterhaltungsbeilage kann aus technischen Gründen jetzt erst der Nummer am Montag beigelegt werden

* Der Arbeiter-Radio-Club macht nochmals alle Mitglieder auf die Montag im Gewerkschaftshaus stattfindenden technischen Kurse aufmerksam. Die Teilnahme ist für Mitglieder kostenlos. Schluss der Anmeldungen Montag, den 14. Februar.

* Eine Kaffee-Kassette veranstaltet die Breslauer Hausfrau am Dienstag, den 15. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Café Kewer. Das Programm enthält allerlei Selbster. Einen Vortrag: „Ein Kaffee-Viertelstunden“ von Ely Koestel, sowie einen Vortrag von Karl v. Holte, 21 Minuten in Grünberg. An der hauswirtschaftlichen Weife und erste Firmen der verschiedenen hauswirtschaftlichen Branchen beteiligt. (Siehe Anzeiger)

* Der Schlesische Abend der Arbeiterjugend am morgigen Sonntag, abends 7 Uhr, in der Vortragskammer wird hiermit nochmals in Erinnerung gebracht. Es wirken mit Frau Grabowitz-Jelisch (Reklamationen), Frau Margarete Kellner (Liebes) und Frau Kübler-Föhner (Klavier) Eintritt 30 Pf. für Erwachsene und 20 Pf. für Jugendliche

* Schlesische Gesellschaft für Erdkunde. Gemeinsame Sitzung mit der Sektion für Geologie Mittwoch, den 16. Februar, abends 8 Uhr, im Hofsaal des Geographischen Instituts der Universität, Martinstraße 7. Herr Dr. W. Staub-Bern, kürzlich Berlin, berichtet über „Glacialmorphologische Studien in den Walliser Alpen“. Mit Lichtbildern.

* Hafenpolizei. Wie der Amtliche Breslauer Pressedienst mitteilt, hat der Minister für Handel und Gewerbe angeordnet, daß die Leitung der Hafenpolizei in Breslau zum 1. April 1927 dem Leiter der staatlichen Postverwaltung in dieser Stadt übertragen wird.

* Herausforderung. Aufstrebende Gerüchte, wonach die Arbeit von Emil Buchta, genannt „der Schupmann von Stahl“, unter im Zirkus Buch, Breslau, nicht recht oder einwandfrei sei, haben diesen veranlaßt, eine öffentliche Herausforderung an alle Breslauer Kraftmenschen, Athleten usw. zu erlassen. Buchta wagt eine Prämie von 1000 Mark demjenigen, der auch während der einzigen Originalleistungen nachzumachen. Die Prämie ist bei der Direktion des Zirkus Buch hinterlegt, wobei auch eventuelle Beiträge zu richten sind.

* 3. Ziehungsstag Preussische Süddeutsche Klassenlotterie. Wie uns die Lotteriekasse in Breslau 5. Ednaus-Tourenplan mitteilt, wurden folgende Gewinne gezogen: 25.000 Mark am Nr. 35.512; 10.000 Mark am Nr. 29.104, 120.431, 3000 Mark am Nr. 13.726, 155.072, 316.233; 3000 Mark am Nr. 49.057, 98.125, 150.051, 152.877, 174.278, 271.193, 285.720, 322.509, 336.526; 2000 Mark am Nr. 10.827, 25.310, 78.909, 121.066, 190.851, 194.951, 216.751, 233.461, 237.051, 244.686, 319.906; 225.025, 313.532

* Bund der Kinderreichen (Bezirk Gräbchen). Die nächste Zusammenkunft findet am Montag, den 14. Februar, abends 8 Uhr, im König-Wilhelms-Gymnasium statt. Vortrag über „Mittel und Ausblick in unseren Bundesbeiträgen“. — Gäste willkommen.

* Verloren wurde am 1. Februar hier in der Straßenbahn, Linie 6, eine Aktentasche mit wertvollem Inhalt, Kasse, Prospekt, Geldtasche, Korsett und ein wertvolles Buch. Belohnung ist zugesichert. Nachricht erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 31/32

* Gestohlen wurden in der Nacht vom 7. zum 8. Februar mittels Einbruches eines am Grundstück Gartenstraße Nr. 31 angebrachten Schutzes 21 Paar ledene Damenstrümpfe verschiedener Farben. Angaben zur Ermittlung erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 35.

Quabis Brof

macht Wangen rot!

Ueberall zu haben.

Auto-Fahrschule P. Neniwig

Breslau, Gartenstraße 91 :: Telephon Ohle 2716

Sehr niedrige Preise! Prospekt frei!

Molkerei Emanuel Ksoll, Breslau 6

Als-straße 21 :: Telephon Ohle 5646

Herstellung pasteurisierter und tief gekühlter Vollmilch

Schlagsahne :: La Tafelbutter :: Kaffeesahne

Verschiedene Sorten Käse :: Spezialität La Frühstückskekse

Rob. Füllborn Nachf.

Alte-Bohrstraße 12

Baubeschläge für Fenster u. Türen. Schiebefürbeschläge.

Kataloge und Preislisten bitte anzufordern.

Geschlechtskranke

Hämorrhoiden, Haut- und Blasenkrankheiten finden schmerzlose und sichere Heilung in der Spezialheilanstalt Joschke, Breslau, Teichstr. 12, 1 am Hauptbahnhof. Urethrit-Behandlung, Höhensonne, Kromayer-Quarzlampe, Hochfrequenz, Glühlicht, etc. Geöffnet Werktags 8-7, Sonntags 8-1 Uhr.

Bauhütte Breslau

Stolze-straße 311 - 4/14

Telephon: Ohle 3800 und 6876

Unternehmen für Bauarbeiten aller Art

einschl. Dachdecker- und Malerarbeiten

Auto-Fahrschule Mrozek

Breslau - Neudorfstraße 15

Telephon: Stephan 36035

Seelische * Flußische * Räucherwaren

Marinaden * Fischkonserven * Meringe

Frischeste Ware! - Billigste Preise!

„Nordsee“

Im größten deutschen Fischgeschäft

Bohrner Straße 2

Schmiedebrücke 15

Neue Schwandauer Str. 56

Anderssonstraße 2

Llogalka, Breslauer Str. 2

Alfred Bindernagel, Breslau 3

Berliner Platz 13 - Baumaterialien Lager

Händler - Wiederverkäufer

kaufen alle Kurzwaren, Rosenblätter, Mundharmonikas

Stahlwaren sowie Lederstoffe und Erbsen billig ein

Kurzwarenhandelshaus, Breslau, Neumarkt 30

Verlangen Sie neueste Preislisten!

Matke & Judom

Bonus-Zacken

Goylitz

Hauptvertrieb: Franz Hansel, Yorckstraße 17, Fernruf: Steph. 36890

u. Fabriklager

